Beilage: Arbeiter und Bauern - eine Kampffront!

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 37 vom 14. Septemebr 1974 8. Jahrgang 50 Pfennig

Gemeinsam in allen EG-Ländern:

Kampffront gegen Brüsseler Bauernlegen

Der Kampf der Bauern in den Ländern der EWG ist in der ersten Septemberwoche weiter angewachsen. In vielen Städten fanden Demonstrationen und andere Aktionen statt, die die Entschlossenheit der Bauern zum Ausdruck brachten, gegen ihre Ruinierung durch die Nahrungsmittelkonzerne und Regierungs-Maßnahmen zu kämpfen.

In Bremen demonstrierten 1 000 Bauern, die mit 800 Traktoren den Verkehr in der Innenstadt lahmlegten. In der französischen Stadt Ajaccio kam es vor der Polizeipräfektur zu Straßenschlachten zwischen Bereitschaftspolizei und wütenden Bauern. Die Bauern hatten die Präfektur angegriffen, weil fünf ihrer Führer in Untersuchungshaft genommen waren. In Belgien unternahmen tausende Bauern mit ihren Traktoren einen Sternmarsch auf Brüssel, den Sitz des EG-Agrarapparates. An der Stadtgrenze wurden die Traktoren mit Absperrungen durch die belgische Polizei gewaltsam gestoppt. Der Agrarministerrat tagt nur noch unter schwerer Polizeibewachung.

Im Agrarministerrat in Brüssel wird inzwischen heftig diskutiert, wie man „in den nächsten Wochen innenpolitisch ein Maximum an Ruhe" schaffen kann, wie man den Kampf der Bauern am besten abwürgt. Ein Vorschlag, der am 17. September beschlossen werden soll, ist die Anhebung der Erzeugermindestpreise ab Oktober um 4%. **Diese Maßnahme ist reine Augenwischerei. Das Los der Bauern wird sie nicht ändern, aber den Großkonzernen und Monopolen der Nahrungsmittelindustrie die Profite erhöhen.**

Die Erzeugermindestpreise (Mindestpreise, die der Bauer für seine Produkte erhalten soll) aus Brüssel sind lediglich Orientierungspreise, Empfehlungen an die Nahrungsmittelkonzerne. Ob sie den Bauern tatsächlich bezahlt werden, ist eine ganz andere Frage. Nicht einmal die bisher geltenden Orientierungspreise erhalten die Bauern für ihre Produkte, sondern höchstens zu 87%.

Die Mühlenkonzerne machen das gerade wieder vor: Sie zahlen für hochwertigen Qualitätsweizen nur denselben Preis wie für den weniger wertvollen Füllweizen. Die kleinen und mittleren Bauern aber haben nicht die Lagermöglichkeiten für ihre Ernte, um höhere Preise zu



30 000 Bauern demonstrierten in München.

erhandeln, sondern die meisten von ihnen sind gezwungen, noch während der Ernte den Weizen zu verkaufen. Hinzu kommt die finanzielle Notlage der Bauern, die sie zwingt, so schnell wie möglich jeden Pfennig reinzubringen, um dringende Schulden und Zinsen bezahlen zu können. Die Mühlenkonzerne aber werden wegen der schlechten Ernten in den USA und der Sowjetunion auf dem Weltmarkt einen Riesenreibach machen.

Das Beispiel zeigt, daß Orientierungspreise nicht im geringsten den kleinen und mittleren Bauern nützen. **Vielmehr werden es die** Nahrungsmittelkonzerne sein, die mit viel Geschrei über die „nimmersatten Bauern" ihre Preise in den Läden erhöhen werden. Schon jetzt ist eine Überschrift der Frankfurter Rundschau auf Seite 1: „Nahrungsmittel werden um 4% teurer". Das war in Brüssel auch nicht anders geplant. Denn die Agrarminister der EWG sitzen aus keinem anderen Grunde dort zusammen, als um gemeinsam die Interessen der Monopole ihrer Länder gegen die Bauern zu koordinieren.

Die Kampfkraft der Bauern steigt. Das zeigen die großen Aktionen, die für den 16. September angekündigt sind. Zigtausende Bauern werden in 9 Ländern der EWG Demonstrationen und andere Kampfmaßnahmen durchführen.

Die Täuschungsmanöver der Agrarminister in Brüssel werden diese Bewegung nicht stoppen können. Denn die Situation der Bauern selbst ist es, die sie zwingt, zu kämpfen, die drohende Vernichtung ihrer Existenz durch den Kapitalismus. Ihre Bewegung wird weiterwachsen und zu einer wichtigen Kraft im Kampf gegen den Kapitalismus und seine Handlanger werden.

An den Gräbern von Kriegsgefangenen:

D'K'P-Revisionisten überfallen Parteikundgebung

Der Friedhof Stukenbrock in Bielefeld ist ein einziges großes Mahnmal gegen den Hitlerfaschismus, gegen den imperialistischen Krieg. 65 000 Kriegsgefangene, meist Angehörige der Roten Armee, liegen dort begraben. Sie wurden in einem Kriegsgefangenenlager der deutschen Faschisten teils zu Tode gefoltert, teilweise ließ man sie einfach Hungers sterben.

Die modernen Revisionisten der D'K'P mißbrauchen diesen, unter den Werktätigen verwurzelten Gedenktag, um jedes Jahr den Schrecken des zweiten Weltkrieges, die angebliche weltweite Entspannung heute gegenüberzustellen, um zu "beweisen", daß Lenins Satz "Imperialismus bedeutet Krieg" heute nicht mehr gilt. **Dieser Pazifismus ist zutiefst verlogen. Denn während sie den Frieden gegenüber den Imperialisten predigt, scheut dieselbe D'K'P nicht davor zurück, selbst noch auf diesem Friedhof Antimilitaristen blutig zu schlagen.**

Als die Genossen der Partei und der Roten Garde auf dem Friedhof eintrafen, formierte sich hinter ihnen schon eine Ordnerkette der D'K'P-Revisionisten. Und keine zwei Minuten, nachdem die Genossen begonnen hatten, das Extrablatt des ROTEN MORGEN zum Roten Antikriegstag zu verteilen, fielen 60 bis 70 D'K'P-Schläger über die Genossen her. Ein Genosse wurde zu Boden geschlagen und erlitt schwere Gesichtsverletzungen. Die Genossen versuchten sich zwar zu wehren, aber angesichts der Übermacht der D'K'P-Schläger war das aussichtslos. Im Unterschied zum letzten Jahr fand sich auch niemand, der die Genossen gegen die D'K'P-Revisionisten unterstützte. Das war insofern nicht verwunderlich, als man in diesem Jahr nur bekannte Gesichter sah: die Gesichter von Funktionären der D'K'P und des "Marxistischen" Studentenbundes.

Am nächsten Tag, dem 1. September gingen die Partei und die Rote Garde dann noch einmal auf den Friedhof. Es wurde ein Kranz niedergelegt mit der Aufschrift: Krieg dem imperialistischen Krieg und eine Gedenkfeier abgehalten. **Während der Feier sammelten sich rund 60 Menschen um die Genossen, die das Geschehen von Anfang bis Ende verfolgten. Sie verließen nach der Feier zusammen mit den Genossen den Friedhof.**

Die Revisionisten wagten es nicht, diese Feier zu stören. Ihre Niedertracht zeigte sich am Nachmittag: schon wenige Stunden später war der Kranz der Partei und der Roten Garde gestohlen.

Delegation der ROTEN GARDE auf Freundschaftsbesuch in Albanien

Arriti në vendin tonë një delegacion i organizatës së rinisë «Garda e Kuqe» të Partisë Komuniste të Gjermanisë (marksiste-leniniste)

Me ftesën e Komitetit Qendror të BRPSH-së, dje arriti në vendin tonë për një vizitë miqësore një delegacion i organizatës së rinisë «Garda e Kuqe» të Partisë Komuniste të Gjermanisë (marksiste-leniniste).

Në aeroport delegacioni u prit nga sekretari i Komitetit Qendror të BRPSH-së Rudi Monari dhe shokë të tjerë.

Një grup pionierësh u dhuroi miqve buqeta me lule. (ATSH)

Zeri i Populit meldet die Ankunft der Delegation der Roten Garde.

Auf Einladung des ZK des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens statteten wir Albanien vom 17. bis zum 31. August einen Freundschaftsbesuch ab. Bei unserer Ankunft wurden wir am Flughafen vom Sekretär des ZK des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens, Genossen Rudi Monari, und anderen Genossen empfangen. Eine Gruppe Pioniere überreichte uns zum Empfang Blumensträuße. Der Besuch, der im Rahmen des 30. Jahrestags der Befreiung Albaniens stattfand, verstärkte die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den beiden Jugendverbänden.

Fortsetzung auf Seite 8

AUS DEM INHALT:

Das ist kein Kommunist, das ist kein Antifaschist, das ist ein Provokateur und Verräter."

Als der Bestechungsskandal um die beiden Abgeordneten Wienand und Steiner aufgedeckt wurde und als Wienands Name zum ersten Mal im Zusammenhang mit der Paninternational genannt wurde, war es Herbert Wehner, der immer wieder die Ehrlichkeit Wienands beschwor. Inzwischen kann man in fast jeder Zeitung lesen: Wehner wußte von Wienands Korruption und Betrügerei und hat ihn stets gedeckt.

Doch während Wienand in der Presse zumeist als der kleine Gauner, als der bezahlte Kanalarbeiter bezeichnet wird, stellt man Wehner als den durchtriebenen alten „Kommunisten" dar. Als den Mann, der die SPD-Minister „Schlappschwänze" und das Kabinett „Hampelmänner" nennt, dem die SPD nicht links genug sein könne. „Genosse Frankenstein" nennt ihn ‚Bild'.

Doch Wehner ist alles andere als Kommunist, er ist ein Feind der Arbeiterklasse, der den Kommunismus haßt. Er ist nicht minder als die anderen Parlamentarier auch – wie Marx sagte – ein Volkszertreter. Ein besonders übler dazu.

Tatsächlich war Wehner einmal Mitglied der KPD, und es gelang ihm sogar, sich in das Politbüro der KPD einzuschleichen. Aber das ist nicht einmal die halbe Wahrheit. **Denn dieser Mann, der heute Führer der SPD-Fraktion im Bundestag ist, wurde aus der KPD ausgeschlossen: Wegen schwer ehrenrührigen Verhaltens, wegen Feigheit und Denunziantentum.**

Das beweist klar der Brief, den 1953 der Bundestagsabgeordnete der damals noch revolutionären KPD, Oskar Müller, an den Bundestagspräsidenten schrieb. Müller schrieb den Brief, um damit die Zurücknahme eines Ordnungsrufes zu fordern, den er in der Bundestagsdebatte vom 25. Februar 1953 erhalten hatte, als er Wehner öffentlich entlarvte. Wir drucken im folgenden den Brief auszugsweise ab.

„Herr Wehner ist am 6. April 1942 wegen Feigheit und Denunziantentums aus der Kommunistischen Partei Deutschlands ausgeschlossen worden. Die dokumentarisch belegten Tatsachen, die zu seiner Ausstoßung aus der KPD geführt haben, sind in ihren Grundzügen bereits mehrfach derÖffentlichkeit unterbreitet worden.

Wehner war Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der KPD. In dieser Körperschaft war der Beschluß gefaßt worden, daß Wehner zu illegaler antifaschistischer Arbeit nach Hitler-Deutschland gehen soll. Wehner hat an dieser Beschlußfassung persönlich mitgewirkt. Er fälschte diesen klaren Beschluß der Partei um in eine ‚Disposition', wonach die übrigen, gleichzeitig und zusammen mit ihm für diese Arbeit bestimmten Parteimitglieder nach Deutschland gehen sollen, er aber in Stockholm verbleiben müsse, um von dort aus die Arbeit der ins Land Gegangenen zu leiten. Daraufhin wurde er erneut auf den klaren und eindeutigen Beschluß hingewiesen, daß auch er selbst persönlich nach Hitler-Deutschland zu gehen habe. Wehner hatte sich an diesen Beschluß nicht gehalten.

Unter den Antifaschisten, die Wehner ins Land geschickt hatte, befand sich auch ein gewisser W. In die Wohnung der Frau dieses W. begab sich dann Wehner, obwohl er ausdrücklich vor dem Betreten dieser Wohnung gewarnt worden war, weil dieselbe von der schwedischen politischen Polizei überwacht worden war.

Prompt erreichte Wehner das von ihm gewollte Ziel. Vier Tage später ließ er sich nachts aus dieser Wohnung heraus verhaften.

Trotzdem allgemein unter den in Schweden sich aufhaltenden deutschen Antifaschisten bekannt war, daß die schwedische politische Polizei mit der Gestapo zusammenarbeitete und alle ihr zugehenden Informationen über die Tätigkeit der deutschen politischen Flüchtlinge gegen den Hitler-Faschismus der Gestapo zuleitete, machte Wehner im Gefängnis schriftliche Aussagen. Er schrieb alles auf, was er wußte, welche Genossen er selbst ins Land geschickt hatte, ihre Decknamen, die Wege, auf denen sie ins Land gegangen waren, ihre Anlaufstellen, ihre Deckadressen, die Namen der schwedischen Schiffe, an deren Bord sie gegangen waren, die Namen der schwedischen Matrosen, die ihnen dabei geholfen hatten, die holländischen Häfen, in denen sie angelaufen waren, die Arbeitsmethoden des illegalen Apparats in Hitler-Deutschland.

Und die Folgen: Zahlreiche schwedische Seeleute, die den deutschen Antifaschisten geholfen hatten, sind verhaftet worden. Alle von ihm – Wehner – ins Land geschickten Antifaschisten wurden von der Gestapo verhaftet. Der von Wehner ins Land geschickte Antifaschist Jakob Welter kam vor ein Sondergericht und wurde hingerichtet.

Schwedische sozialdemokratische und andere Parlamentarier, die die Hintergründe der Sache nicht kannten, traten an den Rechtsanwalt und sozialdemokratischen Parlamentsabgeordneten Branting, den Sohn des vormaligen schwedischen Außenministers Branting, mit dem Vorschlag heran, die Verteidigung des verhafteten Wehner zu übernehmen. Branting ging zu Wehner in die Zelle, kam nach einer Stunde zurück und erklärte: Das ist kein Kommunist, das ist kein Antifaschist, das ist ein Provokateur und Verräter. Ich muß es ablehnen, ihn zu verteidigen.

In genauer Kenntnis dieser Feststellung Brantings und des ganzen Tatbestandes hat die KPD Wehner wegen Feigheit und bewiesenen Denunziantentums aus ihren Reihen ausgestoßen.

Wehner benötigte bezeichnenderweise gar keinen Verteidiger. Im Gegensatz zu allen anderen von der schwedischen politischen Polizei verhafteten deutschen Antifaschisten wurde er nach Intervention einer fremden Botschaft sehr bald wieder freigelassen und bekam in Schweden einen Wohnsitz angewiesen, an dem er ungestört und unbehelligt leben konnte.

Nach dem Zusammenbruch des Hitler-Regimes mußten Hunderte deutscher Emigranten oft noch jahrelang warten, ehe sie die Erlaubnis erhielten, nach Deutschland zurückzukehren. Anders Wehner. Er konnte sofort von Stockholm nach Kopenhagen reisen. Dort bestieg er – in englischer Begleitung – ein Flugzeug, das ihn nach Hamburg brachte.

Und dann begann seine Tätigkeit in der SPD und sein Aufstieg in die Spitze der Parteileitung.

Anschließend noch eine Feststellung. Wehner beantragte im Jahre 1951 ein Einreisevisum nach Schweden. Das wurde ihm vom damaligen Schwedischen Außenminister Unden abgelehnt mit der offiziellen Begründung: ‚Unerwünscht! Agent des Intelligence-Service'.

Angesichts dieser abso!ut wahren, nicht widerlegbaren Tatsachen beantrage ich die Zurücknahme des Ordnungsrufes.

Hochachtungsvoll
gez. Oskar Müller MdB"
(Frankfurt)

Prozess gegen Roten Morgen Genossen Ernst Aust und Gernot Schubert vor Gericht

Für den 19.9. ist der Prozeß gegen Genossen Ernst Aust, Vorsitzenden der KPD/ML und ehemaligen verantwortlichen Redakteur des Roten Morgen, und Genossen Gernot Schubert, Verleger des Roten Morgen, angesetzt wegen eines Artikels mit dem Titel „Bonner Parlamentarier – korrupt bis auf die Knochen". Frau Renger, die Präsidentin des Bundestages persönlich sah sich genötigt, Anzeige zu erstatten, wegen Beleidigung und Verächtlichmachung der Bundesrepublik und eines ihrer Organe, weil in diesem Artikel festgestellt wurde, daß das Parlament nichts ist als eine „Schwatzbude", die nichts anderes verdient, als durch den Kampf der Massen auseinandergejagt zu werden.



Genosse Ernst bei einem Prozeß in Hamburg

Es ist nicht verwunderlich, daß Frau Renger – als willfährige Stimme ihres Herrn – so empfindlich reagiert. Denn das Parlament ist das Aushängeschild der bürgerlichen Demokratie, das „beweisen" soll, daß es im Kapitalismus nicht eine Klasse gibt, die die andere ausbeutet, sondern daß die Macht von eben diesem Parlament ausgeübt wird, das von allen – Arbeitern und Kapitalisten gemeinsam – gewählt wird.

Es ist darum nicht verwunderlich, wenn das Parlament als Organ der Volksvertretung auch von den modernen Revisionisten der D'K'P gepflegt und gehätschelt wird. Denn nur so lange das Parlament nicht grundsätzlich – eben als Schwatzbude – von den Massen durchschaut wird, können sie darauf hoffen, daß man ihnen ihren parlamentarischen, den friedlichen Weg zum Sozialismus abkauft. Als sich die KPD/ML an den Bürgerschaftswahlen in Hambirg beteiligte, da waren sie es, die Zeter und Mordio schrien, die KPD/ML treibe ein hinterhältiges Spiel, beteilige sich einerseits an den Wahlen und arbeite in Wirklichkeit auf die Zerschlagung des Parlaments hin. In einem Kommentar der „UZ', der Zeitung der D'K'P, heißt es nach den Angriffen der Bourgeoisie auf die Wahlrede der Partei im NDR: „...die maoistische KPD/ML" versuche ‚unter anderem den Satz zu verbreiten, sie werden, wie Lenin sagte, beweisen, daß ein bürgerliches Parlament nichts anderes verdient, als durch den revolutionären Kampf der Volksmassen auseinandergejagt zu werden." „Abgesehen davon', hieß es weiter, „daß es sich um eine klare Leninfälschung handelt, beweist diese maoistische Stellungnahme erneut, daß ihre Kandidatur zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen ausschließlich den Zweck verfolgt, die DKP zu schädigen und die fortschrittlichen Kräfte zu spalten. Ernsthafte Vertretung von Arbeiter- und Jugendineteressen ist nicht beabsichtigt."

Allerdings war Lenin der Meinung, daß das bürgerliche Parlament von den Volksmassen auseinandergejagt gehört. Was nicht heißt, daß Lenin der Tätigkeit der Parlamentarier auch nur irgendeine praktische Bedeutung zumaß. Denn nicht hier wird über die Gesetze entschieden, sondern in den Büros der Konzern- und Bankbosse. Entscheidend dafür, daß die Kapitalisten ihre Macht gegenüber der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen aufrechterhalten können, aber sind ebenfalls nicht die Parlamentarier in Bonn. Entscheidend dafür ist der kapitalistische Staatsapparat mit seiner Armee, seiner Justiz und seiner Polizei. Ihn muß das Proletariat in der sozialistischen Revolution zerschlagen, um seine politische Macht, die Diktatur des Proletariats erreichten zu können Den parlamentarischen „Saustall" auszumisten (Marx), wird dabei das Geringste sein.

Sozialimperialisten feiern Annexion Sikkims

Mit verständnisvoller Zustimmung aus Moskau haben die indischen Reaktionäre den kleinen Staat Sikkim annektiert und zu einer indischen Provinz erklärt.

Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, ihre gewaltsame Unterwerfung und völlige Entrechtung. Es ist dies die verständnisvolle Haltung zwischen zwei expansionistischen Mächten, dem sowjetischen Sozialimperialismus, der auf der ganzen Welt nach Vorherrschaft strebt, und den indischen Reaktionären, die unter der Schirmherrschaft der Sowjetunion in Südasien die Macht an sich reissen wollen.

Indien, dessen Wirtschaft von Moskau zu einem Großteil kontrolliert wird, ist selbst fast zu einer Halbkolonie der neuen Zaren im Kreml geworden. Bereits seit längerem unterstützen daher die sowjetischen Sozialimperialisten die Expansionspläne der indischen Reaktionäre. Nachhaltig haben sie die indische Aggression gegen Pakistan gefördert, die zur Teilung Pakistans führte – mit dem Ergebnis, daß die Sowjetunion heute einen nicht geringen Einfluß im abgespaltenen Teil Pakistans besitzt. Und so begrüßen sie auch die Annexion Sikkims durch die indischen Reaktionäre.

Doch über Sikkim werden weder die indischen Reaktionäre noch die sowjetischen Sozialimperialisten das letzte Wort sprechen. Das Volk von Sikkim – auch wenn es nur 200 000 Menschen zählt, wird der indischen Annexion seinen Widerstand entgegensetzen. Selbst die indische Zeitung ‚Hindustan Times" stellte warnend fest: ‚irgendwie" bewege sich Indien in Sikkim „auf dünnem Eis."

Sikkim, ein kleiner Staat im Himalajagebirge mit einer Bevölkerung von 200 000 Menschen, grenzt sowohl an Indien als auch an die Volksrepublik China. Schon seit 1950 steht das Land unter indischer Militärokkupation. Um Sikkim nun ganz einzuverleiben, wurde in Indien eine neue Verfassung für Sikkim entworfen, nach der das sikkimische Parlament nur noch dann mitreden darf, soweit es nicht um die Ressorts Außenpolitik, Innenpolitik, Verteidigung, Finanzen und Administration geht. Über diese Ressorts soll künftig vielmehr ein von Indien eingesetzter Beamter verfügen, der Regierungschef und Präsident der Nationalversammlung zugleich sein soll.

Gegen diesen Versuch, Sikkim zu unterwerfen, antwortete das Volk mit Demonstrationen und Streiks. Die indischen Truppen, die die Hauptstadt Sikkims besetzt halten, gingen mit Schlagstöcken und Waffengewalt vor, zerschlugen den Widerstand. Gewaltsam wurde Sikkim die neue Verfassung aufgezwungen. Ihre eigene Verfassung änderten die indischen Expansionisten ebenfalls zu dem Zweck, Sikkim zu einer indischen Provinz zu erklären.

Diese offene Annexion feierte die sowjetischen Nachrichtenagentur TASS als „wichtiger Schritt in der Demokratisierung des politischen Lebens in Sikkim". Es ist bezeichnend, daß die sowjetischen Sozialimperialisten und die indischen Reaktionäre dasselbe meinen, wenn sie von „Demokratisierung" reden:

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei

Korrekturen

RM Nr. 35, S.3
In dem Artikel „Krise verschärft sich" ist von einer Opel-**Betriebsversammlung** die Rede, es handelt sich aber um eine **Betriebsratssitzung.**

In dem Artikel „D'K'P: Überzeugend distanziert" heißt es, die D'K'P sei bewußt im Unvereinabrkeitsbeschluß **aufgenommen** worden. Es muß natürlich **„ausgenommen"** heißen.

RM Nr. 36, S.7
In dem Interview mit der Genossin Gisela wird als **Haftverschärfung** für die Genossin Brigitte Mohnhaupt angeführt, sie könne von Freunden und Bekannten nur 2 Besuche im Jahr erhalten. Das ist ein Mißverständnis. Richtig ist, daß Freunde und Verwandte die Genossin aus **finanziellen Gründen** in der Regel nicht häufiger besuchen können.



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag Gernot Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 - 466, Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert) Tel 0231/41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Karin Wagner, Dortmund. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25 DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf eines unserer obenstehenden Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

527 100 Kollegen arbeitslos

Arbeitslosigkeit ein Grundübel des Kapitalismus

527 100 Kollegen sind derzeit arbeitslos. Das ist aber nur die von der Bundesanstalt für Arbeit ausgegebene offizielle Zahl. In Wirklichkeit hat die Arbeitslosigkeit schon einen sehr viel größeren Teil der Werktätigen erfaßt. Versteckte Arbeitslosigkeit herrscht auf dem Lande, wo ruinierte Kleinbauern sich nur noch durch den Verkauf von Teilen ihres Besitzes über Wasser halten können, keine geregelte Arbeit finden und in den bürgerlichen Statistiken trotzdem als „selbständige Bauern" geführt werden. Versteckte Arbeitslosgikeit herrscht unter den Frauen, die mitverdienen müssen, aber keine Arbeit finden und trotzdem nicht als Arbeitslose, sondern als Hausfrauen in den Statistiken auftauchen. Versteckte Arbeitslosigkeit herrscht unter den älteren Kollegen, die gezwungen wurden, vorzeitig in die Rente zu gehen und unter den Kollegen, deren Entlassung mit sogenannten Abfindungsverträgen verbunden war, die deshalb zunächst keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben und folglich auch nicht als Arbeitslose geführt werden. Und auch die Kurzarbeit, von der über 100 000 Kollegen betroffen sind, ist eine Form versteckter Arbeitslosigkeit. In jedem Betrieb, in jedem Arbeiterwohngebiet sind die Auswirkungen der steigenden Arbeitslosigkeit bereits spürbar.

Gleichzeitig wird von der bürgerlichen Presse, von der Bonner Regierung und vom DGB-Apparat die Behauptung verbreitet, das Anwachsen der Arbeitslosigkeit sei nur eine vorübergehende Erscheinung, die in absehbarer Zeit überwunden werde. Die D'K'P-Revisionisten behaupten sogar, die steigende Arbeitslosigkeit sei von den Kapitalisten zwecks Panikmache künstlich herbeigeführt worden und rufen zum Kampf dagegen auf. Scheinbar greifen sie die Kapitalisten besonders „radikal' an. In Wirklichkeit wollen sie die Arbeiterklasse darüber täuschen, daß der Kapitalismus notwendig zu Arbeitslosigkeit und Massenelend führt.

Tatsächlich fällt es vielen Kollegen schwer zu glauben, daß nach all den Jahren, in denen pausenlos von „Wirtschaftswunder", „Wohlstand" und „Sicherheit der Arbeitsplätze" getrommelt wurde, jetzt wieder Massenarbeitslosigkeit und damit Massenelend in größerem Ausmaß auf die Tagesordnung treten. Tatsache ist, daß Massenarbeitslosigkeit und Massenelend unvermeidliche Grundübel des Kapitalismus sind, auch wenn sie unter bestimmten Bedingungen – z.B. der Wiederaufbauohase nach einem imperialistischen Krieg – quantitativ so weit zurückgehalten werden können, daß viele Menschen meinen, sie seien endgültig abgeschafft. Ist diese Periode der relativen Stabilität des Kapitalismus vorbei, was bei uns spätestens mit der Krise 66/67 klar wurde, ist die kapitalistische Entwicklung wieder untrennbar mit der Ausweitung von Arbeitslosigkeit und Massenelend verbunden.

Denn die Ursachen für die Arbeitslosigkeit liegen im Grundwiderspruch des kapitalistischen Systems selbst begründet, in der Tatsache, daß die Arbeiterklasse zwar allen Reichtum gesellschaftlich produziert, daß die Kapitalisten sich diesen gesellschaftlichen Reichtum aber privat aneignen. Um leben zu können, muß der Arbeiter seine Arbeitskraft an den Kapitalisten, den Besitzer der Produktionsmittel, verkaufen. Die Arbeitskraft ist im Kapitalismus eine Ware wie jede andere und wie der Preis einer jeden Ware bestimmt sich auch der Arbeitslohn nach den Produktionskosten. Er entspricht also im Schnitt der Geldmenge, die der Arbeiter für Essen, Kleidung, Wohnen, Erholung usw. für sich und seine Familie aufwenden muß, um seine Arbeitskraft zu erhalten.

Die Kapitalistenklasse kennt nur ein Interesse: Die Steigerung ihres Profits. Da aber aller Reichtum durch die Arbeit der Arbeiter geschaffen wird, heißt das, daß die Kapitalisten unaufhörlich versuchen, die Arbeiter bei gleichem oder nach Möglichkeit sogar geringerem Lohn zu zwingen, mehr zu produzieren. Das geschieht einmal durch offene Antreiberei (Heraufschrauben des Akkords, höhere Bandgeschwindigkeit usw.) zum anderen dadurch, daß neue, ausgeklügeltere Maschinen eingeführt werden, die die Arbeiter zwingen, in der gleichen Zeit mehr zu produzieren.

Jede technische Neuerung in der kapitalistischen Produktion hat also für den Kapitalisten den Zweck, die Ausbeutung der Arbeiter zu verschärfen, die Zahl der zur Produktion benötigten Arbeiter im Verhältnis zur Menge der erzeugten Güter zu senken. **Der sogenannte technische Fortschritt im Kapitalismus dient also nicht, wie uns immer vorgegaukelt werden soll, dazu, mehr Menschen Arbeit und Brot zu verschaffen, sondern hat ganz im Gegenteil das Ziel, Arbeitsplätze wegzurationalisieren.** So ist beispielsweise in NRW die gesamte Industrieproduktion von Mai 73 bis Mai 74 um 6%, die Zahl der Arbeitslosen aber um mehr als 100 % von 68 741 auf 149 937 gestiegen.

Wenn die Kapitalisten aber, um die Arbeiter verschärft ausbeuten zu können, neue und schnellere Maschinen anschaffen, modernere Produktionsanlagen errichten, dann entfällt zwangsläufig ein immer größerer Teil des von ihnen investierten Kapitals auf Maschinen, Gebäude, Rohstoffe usw., die sich in der Produktion verbrauchen oder mit der Zeit verschleißen, deren Anschaffungskosten der Kapitalist durch den Verkauf der Waren zwar wieder hereinkriegt, die ihm aber keinen Gewinn verschaffen. Nur das Kapital, das der Kapitalist für den Kauf der Ware Arbeitskraft aufwendet, vermehrt sich im Laufe des Produktionsprozesses, weil der Wert der von den Arbeitern produzierten Waren viel größer ist, als der Wert, der der Geldsumme entspricht, die sie als Arbeitslohn erhalten. Wenn der Teil des vom Kapitalisten investierten Kapitals, der im Laufe des Produktionsprozesses keine Wertsteigerung erfährt, ansteigt, während der Teil des Kapitals, der an Wert gewinnt, abnimmt, dann verringert sich insgesamt die Rate, um die das vom Kapitalisten vorgeschossene Kapital sich im Verlauf des Produktionsprozesses vermehrt.

Durch die Ausweitung der Produktion, Anschaffung schnellerer Maschinen usw. können die Kapitalisten zwar absolut gesehen mehr Profit einstreichen, aber das Verhältnis, in dem sich das vorgeschossene Kapital vermehrt, die sogenannte Profitrate, sinkt. Die Profitrate aber ist im Kapitalismus der Gradmesser für die Rentabilität eines Betriebes, weil es nicht darum geht, Güter zu produzieren, um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, sondern um die möglichst schnelle Vermehrung des Kapitals. Also versuchen die Kapitalisten der Tendenz der fallenden Profitrate entgegenzuwirken, indem sie erneut die Ausbeutung verschärfen, die Rationalisierung vorantreiben, Arbeitsplätze einzusparen versuchen.

Wir sehen also, daß die Kapitalisten immer bestrebt sind, so wenig Arbeiter wie möglich zur Produktion einzusetzen, einen möglichst großen Teil der Arbeiterklasse von der Produktion auszuschliessen.

Mit der Einführung neuer Maschinerie und Produktionsmethoden durch die Konzerne geht die Ruinierung vieler kleiner und mittlerer Betriebe einher, die mit dieser Steigerung der Produktivität im Konkurrenzkampf nicht mehr Schritt halten können. Diese Pleiten, von denen wir zur Zeit praktisch täglich in den Zeitungen lesen stoßen einen Großteil der Kollegen auch dann in die Arbeitslosigkeit, wenn ein Konzern den ruinierten Betrieb aufkauft. So droht, nachdem Thyssen Rheinstahl aufgekauft hat, allein im Dortmunder relativ kleinen Rheinstahl-Werk 500 Kollegen die Entlassung.

Während die Kapitalisten also ständig versuchen, die Zahl der in der Produktion eingesetzten Kollegen so gering wie möglich zu halten, wächst andererseits die Gesamtmasse des Proletariats ständig, weil im Zuge der kapitalistischen Entwicklung immer größere Teile kleinbürgerlicher Schichten ruiniert und ins Proletariat gestoßen werden. Einst selbständige Handwerker müssen aufgeben, kleine Händler müssen den Laden dicht machen. Vor allen Dingen aber werden grosse Teile der kleinen und mittleren Bauern ruiniert, die vom Ertrag ihrer Höfe nicht mehr leben können und ebenfalls gezwungen sind,


Fortsetzung auf Seite 4




Arbeiterkorrespondenzen

Wer den Beiersdorf-Kapitalisten nicht traut, bekommt keine Arbeit

In Hamburg begann der Arbeitsgerichtsprozeß der Genossin Inge Humburg, in dem sie um ihre Wiedereinstellung bei Beiersdorf kämpft.

Genossin Inge war bei Beiersdorf zum zweiten Mal gekündigt worden, weil sie – so die Begründung – das „Vertrauensverhältnis durch ihre kommunistische Auffassung gestört hätte." Sie hatte im Kampf gegen ihre erste Entlassung Flugblätter und die Betriebszeitung der KPD/ML vor den Toren von Beiersdorf verteilt. Der Kampf war erfolgreich: Inge mußte wieder eingestellt werden. Drei Tage danach kam jedoch eine erneute Kündigung. Begründung: Die Beiersdorf-Kapitalisten fühlten sich durch den „Roten Beiersdorfer", den Inge verteilt hatte, beleidigt wegen z.B. folgender Feststellung der Betriebszeitung:

– Der Betriebsrat sei der allertreueste Handlanger der Geschäftsleitung (der Vorsitzende Ganschow z.B. bezieht dicke Gehälter als Aufsichtsratsmitglied!).

– Die Kapitalisten und ihr Staat werden es nicht verhindern können, daß die Arbeiterklasse sie eines Tages in der sozialistischen Revolution dahin befördern wird, wohin sie längst gehören, auf den Misthaufen der Geschichte.

Inges Rausschmiß begründeten sie damit, daß bei solchen Anschauungen grundsätzlich keine „vertrauensvolle Zusammenarbeit" möglich sei. Diese Begründung läuft praktisch auf ein generelles Arbeitsverbot für jeden Kommunisten hinaus und richtet sich gegen jeden fortschrittlichen Kollegen: Wer den Beiersdorf-Kapitalisten nicht traut, wer sich nicht von dem Verrat und Betrug des Betriebsrates einlullen läßt, bekommt keine Arbeit.

In ihrem Kampf für ihre Wiedereinstellung ging Genossin Inge auch vor das Arbeitsgericht.

Zu Beginn beantragte ihr Verteidiger, die im Saal anwesenden Zivilpolizisten zu entfernen und die im Hof in Bereitschaft stehenden Polizeifahrzeuge und Beamten abzuziehen. Der Richter, der den Polizeieinsatz angeordnet hatte, lehnte das ab.

Genossin Inge stellte daraufhin einen Befangenheitsantrag gegen den Richter. Der Richter habe mit der Anordnung des Polizeieinsatzes bereits bewußt schwere Körperverletzung der Anwesenden und – wie der Mord an Genossen Günter Routhier in Duisburg zeigt – auch Mord einkalkuliert.

Das entlarvt erneut, daß die Arbeitsgerichte nicht etwa neutrale Instanzen sind, bei denen die Kollegen Recht finden können, sondern daß sie, gestützt auf die Polizeiknüppel, die Interessen des Kapitals durchsetzen.

Der Prozeß wurde vorerst unterbrochen.

Sofortige Wiedereinstellung von Inge Humburg!
Kampf der bürgerlichen Klassenjustiz!
Kampf dem Polizeiterror!

Kranke Kollegin in den Tod getrieben

Seit der vorigen Woche hängt an den schwarzen Mitteilungsbrettern bei Telefunken/Schwedenstraße in Westberlin die Nachricht vom Tod der Kollegin Maria Schilf. Man könnte fast meinen, die Telefunken-Kapitalisten trauerten über den Tod der Kollegin. Aber ihre „Trauer" ist unecht. Denn auf ihr Konto geht der frühe Tod der Kollegin Maria!

So wie viele Kollegen in ihrem Alter, fürchtete auch Maria Schilf, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, als „altes Eisen" rücksichtslos rausgeworfen zu werden. So ließ sie sich trotz ihres Alters kreuz und quer durch die Firma jagen, schuftete ohne zu murren.

Vor nicht allzulanger Zeit wurde sie schwer krank. Sie versuchte, die Rente zu beantragen. Doch führte dieser Weg, wie die älteren Kollegen wissen, nur über den Vertrauensarzt, der einem die Rentenbedürftigkeit bescheinigen muß. Ganz wie es die Aufgabe dieser Vertrauensärzte ist, verwehrte er ihr die Bescheinigung für die Rente, bescheinigte er ihr legidlich, daß sie zu 70% schwerbeschädigt sei und schickte sie zurück an den Arbeitsplatz.

Die Kollegin mußte nun wieder arbeiten. Ihre Angst, als Schwerbeschädigte bald rausgeworfen zu werden und dann ohne Rente dazustehen, war zurecht jetzt noch größer. Über 10 Jahre hatte sie für die Telefunken-Kapitalisten geschuftet. Daß dies aber für die Telefunken-Kapitalisten nicht zählt, das war auch ihr klar.

An ihrem letzten Arbeitsplatz kam sie zwar gut mit den Kollegen aus, aber die Arbeit war für sie als kranke Frau viel zu schwer. Die Kollegen, die mit ansehen mußten, wie die Kollegin durch die Arbeit langsam zugrunde gerichtet wurde, rieten ihr immer wieder, sich an einen anderen Platz versetzen zu lassen.

Doch die Telefunken-Kapitalisten interessiert nicht das Schicksal einer Arbeiterin. Hier gilt nur Stückzahl und Profit. Die Kollegin Maria wurde aufgefordert, selbst zu kündigen, man würde ihr noch 5000 DM draufzahlen.

Aber jeder weiß, daß die Kollegin mit über 50 Jahren – noch dazu, wo sie schwer krank war – nie wieder Arbeit bekommen hätte. Was sind da 5000 DM?

Kurz nachdem ihr auf diese Weise der Rausschmiß drohte, verschlechterte sich der Zustand der Kollegin, die zuletzt vollkommen entkräftet war, von Tag zu Tag, bis sie schließlich verstarb.

Dieser Tod der Kollegin Maria ist keineswegs ein unglücklicher Einzelfall. Wieviele Kollegen gehen – obwohl sie krank sind – täglich zur Arbeit, machen sogar Überstunden, weil sie sonst fürchten müssen, rauszufliegen! Wieviele Kollegen erreichen nicht mehr das Rentenalter, weil die ständig schärfere Arbeitshetze ihre ganze Kraft verzehrt! Wieviele Kollegen, die ihr Leben lang schwer geschuftet haben, müssen schließlich mit einer Rente von 300 bis 400 Mark auskommen, die zum Leben nicht reicht! Das Schicksal der Kollegin Maria ist das Schicksal der Arbeiterklasse im Kapitalismus. Es wird sich nur ändern, wenn die Arbeiterklasse es in die eigene Hand nimmt, wenn sie auf den Trümmern des Kapitalismus ihre eigene Macht errichtet, in der das Schicksal der Arbeiter und aller Werktätigen im Mittelpunkt steht.

Revisionistisches

DIE SOWJETISCHEN SOZIALIMPERIALISTEN PLÜNDERN UNGARN AUS!

Seit dem 1. September müssen die ungarischen Werktätigen für Kohle 16%, für Koks 24% und für Heizöl 40% mehr zahlen. Weiter erhöhten sich die Preise für Normalbenzin um 40%, für Dieselöl um 45% und für Leistungen der Fernheizung um 20%. Die Parteizeitung der ungarischen Revisionisten „Nepszabadsag" begründet diese Preiserhöhungen: „*Da die Weltpreise sich weit und breit erhöht haben, sind die Herstellungskosten* (der SU – RM) *nicht mehr in Einklang mit den Importpreisen* (die Ungarn bezahlt – RM)... *So z.B. erhöben sich die Herstellungskosten für Roböl um 100%; die Preise für Ölraffinate, für Ausgangsstoffe verschiedener chemischer Produkte um 50 – 100%.*"

Wer in Ungarn die „Weltpreise" für Öl diktiert, ergibt sich aus folgender Statistik: 90% des importierten Öls, 98% des importierten Motorbenzins und 92% des importierten Heizöls stammen aus der sozialimperialistischenSowjetunion. Die Neuen Zaren im Kreml benutzen den „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW), um systematisch die Reichtümer der revisionistischen Länder auszuplündern.

Die „internationale Arbeitsteilung", von der die Sozialimperialisten soviel reden, verwandelt in Wirklichkeit die Länder der RGW in Anhängsel und Zulieferer der sowjetischen Industrie. Ungarn z. B. hat genug eigene Öl- und Gasvorkommen. Aber anstatt sie zu erschließen, nahm Ungarn mit grossen Kapitalhilfen am Bau der „Freundschaftsölleitung" teil, die das sowjetische Öl in die anderen RGW-Länder bringt. Außerdem sind in den sechziger Jahren viele noch ertragreiche Zechen geschlossen worden, um dem russischen Öl und der polnischen und russischen Kohle Platz zu machen.

Das ist das Ergebnis der revisionistischen Politik der „*sozialistischen ökonomischen Integration... der Herausbildung tiefgehender und stabiler Verbindungen in den Hauptzweigen der Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, der Erweiterung und Festigung des internationalen Marktes dieser Länder...*" (Kommunique über die XXV. Tagung des RGW 1971).

Die revisionistische Führungsclique in Ungarn betreibt eine Politik des Ausverkaufs und verhöhnt die ungarischen Werktätigen auch noch damit, daß sie ihnen eine monatliche Lohnerhöhung von 8 Mark zubilligt, „um die erhöhten Ausgaben auszugleichen".

POLNISCHE MISSIONARE

Das „Passauer Bistumsblatt" meldet am 31. August, daß im Jahr 1973 aus Polen insgesamt 82 katholische Missionare in 24 Länder geschickt worden sind, davon 44 nach Afrika und 27 nach Lateinamerika. Nach Angaben des Missionsbüros der polnischen Bischofskonferenz hat sich damit die Zahl der polnischen Missionare auf insgesamt 597 Priester, 45 Ordens-„brüder", 178 Ordens„schwestern" und 6 Laienmissionare erhöht. Nicht genug damit, daß die polnischen Revisionisten schon seit langem die Ausbreitung der Religion und die Erhöhung des Einflusses der katholischen Kirche im eigenen Land fördern, schicken sie jetzt auch noch „Missionare" in die Länder der 3. Welt, um die Völker mit dem Gift der Religion zu verwirren.

Röhls Autobiographie

Memoiren eines Konterrevolutionärs

Der ehemalige Herausgeber der Zeitschrift „konkret", Röhl hat eine Selbstbiographie verfaßt, deren Erscheinen mit ungewöhnlichem Aufwand in der bürgerlichen Presse werbewirksam hochgespielt worden ist. So widmet ihm der „Spiegel" mehrere Spalten, die Bildzeitung fast eine halbe Seite, in mehreren Zeitungen erscheinen ausführliche Berichte und Kommentare. Warum so ein Wirbel um Herrn Röhl und seine ehemalige Zeitschrift? Röhl „enthüllt" in seiner Selbstbiographie, daß „Konkret" jahrelang von den Revisionisten aus der DDR finanziell ausgehalten worden ist Diese Tatsache versucht die Bourgeoisie zu einem üblen Feldzug gegen den Kommunismus auszunutzen, indem sie die DDR als sozialistisches Land, und Herrn Röhl als Kommunisten hinstellt.

Die Bildzeitung besitzt die Unverschämtheit, Röhl, diesen widerwärtigen Antikommunisten, zusammen mit einer Mao-Büste und daneben pornographischen Titelblättern aus „Konkret" abzubilden, um den Eindruck zu erwecken, daß ein Geschäftemacher wie Röhl, der Pornoblätter produziert, „Mao-Anhänger" sei.

In Wirklichkeit war Röhl weder früher noch heute Kommunist. Er verstand es jedoch außerordentlich geschickt, mit einem „linken" Mäntelchen umgehängt, den Protest vieler fortschrittlicher Jugendlicher auf Abwege zu leiten, ja sogar reaktionärste Ideologie als fortschrittlich und „links" auszugeben. So betrieb er in seinem Blatt Propaganda für den „friedlichen Übergang zum Sozialismus" und griff er die führende Rolle der Arbeiterklasse in der Revolution an. Den revisionistischen Kern seiner Propaganda verbrämte er mit psychologistischem Zeug a la Freud, das sich wissenschaftlich gibt, aber keinen Zweck hat, als den unversöhnlichen Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat zu verleugnen und die Widersprüche in der Gesellschaft der Psyche in die Schuhe zu schieben. Die Pornographie, ein übler Auswuchs des Kapitalismus und eine Beleidigung der Volksmassen, wird von Röhl als fortschrittlich und „links" ausgegeben, um damit den Kommunismus in den Augen der Massen in Verruf zu bringen.

Röhl stützte sich mit seinem Machwerk auf bestimmte kleinbürgerliche Vorstellungen in der Studentenbewegung, bestärkte diese und versuchte so, das revolutionäre Bündnis der Intelligenz mit der Arbeiterklasse zu sabotieren, den Marxismus-Leninismus zu verleumden und zu bekämpfen und dem modernen Revisionismus den Boden zu bereiten.

Das ist auch der Grund, warum die modernen Revisionisten der DDR Röhls Blättchen so eifrig hochpäppelten. Ein Sprichwort heißt: „Sag mir, wer Dein Freund ist und ich sag Dir, wer Du bist."

Dieses Sprichwort trifft auf Röhl und seine Freunde in der DDR-Führungsclique vollkommen zu.

Die verkommene Ideologie, die Röhl in seinem Blatt verbreitet hat, praktiziert er in seinem eigenen Leben. In seiner Selbstbiographie prahlt er noch mit seinen tatsächlichen oder angeblichen Verhältnissen zu verschiedenen Frauen. Besonders übel ist es, daß er heute versucht, seinen ekelhaften Lebensstil und seine moralische Verkommenheit auch seiner ehemaligen Ehefrau Ulrike Meinhof zu unterstellen, die sich nicht zuletzt deshalb von ihm getrennt hat. **Röhl schämt sich nicht, die Tatsache, daß er mit Ulrike Meinhof verheiratet war, für seine Geschäftemacherei auszunutzen.** Der Terror gegen die Genossen der RAF, der Versuch, sie durch Isolationsfolter physisch und psychisch zu brechen, berührt ihn gar nicht. Ihn interessiert nur sein Geschäft.

Röhl selbst hat das Gerücht verbreitet, daß Ulrike Meinhof verrückt sei. Er benutzte dabei die Tatsache, daß Ulrike vor längerer Zeit am Gehirn operiert worden ist, eine Tatsache, die über ihre geistige Verfassung überhaupt nichts aussagt. Die modernen Revisionisten der DDR-Führung lieferten dem Spiegel Röntgenbilder und ein Gutachten, das die Geistesgestörtheit Ulrike Meinhofs beweisen sollte. Anhand dieser Unterlagen wollte die westdeutsche Klassenjustiz eine lebensgefährliche Untersuchung ihres Gehirns mit radioaktiven Strahlen vornehmen.

Die modernen Revisionisten und ihre Agenten kämpfen mit allen Mitteln gegen die Revolutionäre. Der Fall Röhl beweist, daß sie ihren Kampf gegen die Revolution und den Marxismus-Leninismus mit hinterhältigen Methoden führen.

Fortsetzung von Seite 3

Arbeitslosigkeit - ein Grundübel des Kapitalismus

sich als Lohnsklaven zu verdingen.

So gibt es im Kapitalismus immer Arbeitslosigkeit, auch wenn sie in Zeiten sogenannter Hochkonjunktur oder in einer Phase relativer Stabilität des Kapitalismus hin und wieder nur in sehr geringem Ausmaß auftritt. Sprunghaft steigt die Arbeitslosigkeit an, wenn das kapitalistische Wirtschaftssystem durch die periodisch auftretenden Überproduktionskrisen erschüttert wird, bei denen infolge der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktion riesige Warenmengen nicht mehr gemäß den kapitalistischen Profitinteressen abgesetzt werden können, auf Halde verrosten, Produktionskapazitäten stillgelegt werden. Solche Krisenerscheinungen erleben wir gegenwärtig besonders in der Automobilindustrie.

Die periodischen Krisen werden durch die allgemeine Krise des Kapitalismus verschärft. Auf der ganzen Welt ist der Kampf gegen den Imperialismus entbrannt. Der erfolgreiche Befreiungskampf der unterdrückten Völker nimmt den Imperialisten in zunehmendem Maße die Möglichkeit, die Rohstoffquellen dieser Länder auszuplündern, sie zu zwingen, seine Waren zu überhöhten Preisen zu kaufen. **Dadurch wird es den Imperialisten erschwert, die Überproduktion zu exportieren, die Konkurrenz zwischen den Imperialisten verschärft sich. Das führt zu einer Vertiefung der Überproduktionskrisen in den kapitalistischen Ländern, die wiederum zur weiteren Schwächung des Imperialismus führt und dessen allgemeine Krise verschärft.** Gegenwärtig gibt es in fast allen kapitalistischen Ländern Erscheinungen von Überproduktionskrisen, die gleichzeitig Ausdruck der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus sind.

In allen kapitalistischen Ländern steigt damit auch die Arbeitslosigkeit. Es ist völlig abwegig, wenn die Kapitalisten, ihre Regierung und ihre Presse den Eindruck zu erwecken suchen, die steigenden Arbeitslosenzahlen bei uns seien eine vorübergehende Erscheinung. Richtig ist, daß jetzt erneut von der Realität belegt ist, was vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus auch ohnehin klar war, daß die relativ geringe Arbeitslosigkeit eine vorübergehende Erscheinung war, während anwachsende Arbeitslosigkeit die grundlegende und anhaltende Tendenz des Kapitalismus, insbesondere in seinem imperialistischen Stadium, ist.

Und die Kapitalisten, die gerade jetzt vor den Tarifrunden lauthals Sorge um die „Sicherheit der Arbeitsplätze" heucheln, haben in Wirklichkeit sogar ein direktes Interesse an der Existenz eines Arbeitslosenheeres. Für sie erfüllt es die Funktion einer industriellen Reservearmee, auf die sie in Zeiten sogenannter Hochkonjunkturen zurückgreifen können. Wichtiger aber ist folgender Zusammenhang: Weil der Preis der Ware Arbeitskraft, der Lohn, wie der Preis jeder anderen Ware vom Verhältnis von Angebot und Nachfrage abhängt, schafft die Existenz eines Arbeitslosenheeres für die Kapitalisten günstigere Bedingungen, in den Betrieben die Löhne abzubauen und die Arbeitshetze zu verstärken. Sie wollen die Angst der in der Produktion stehenden Arbeiter vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes und die Tatsache, daß die Arbeitslosen gezwungen sind, so schnell wie möglich wieder Arbeit zu finden, ausnutzen, um die Konkurrenz unter den Arbeitern zu verschärfen, eine gemeinsame Kampffront aller Arbeiter gegen Rationalisierung und Lohnabbau zu verhindern, um so die verschärfte Ausbeutung durchzusetzen.

Aber hier liegt auch der Grund, warum sie versuchen, das Ausmaß der Arbeitslosigkeit, die Tendenz der wachsenden Verelendung der Werktätigen vor den Massen zu verbergen. **Die Tatsache, daß für die breiten Massen der Werktätigen klar wurde, daß der Kapitalismus einem immer größeren Teil der Arbeiterklasse selbst das Recht verwehrt, durch Arbeit zumindest seinen Lebensunterhalt zu verdienen, daß das Elend der Werktätigen sich mit dem technischen Fortschritt der kapitalistischen Produktion nicht nur nicht verringerte, sondern anwächst, hat die Klassenkämpfe stets aufs äußerste verschärft, weil sie den breiten Massen bewies, daß das Proletariat nichts zu verlieren hat als seine Ketten und sie hat stets breite Teile der Massen an die Seite der Kommunistischen Partei geführt, die den Weg der proletarischen Revolution weist, durch den die Werktätigen eine Welt zu gewinnen haben, die Welt des Sozialismus. „*Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.*"** (Karl Marx)

In Albanien und China ist das Wirklichkeit geworden. **Wo die Arbeiterklasse unter der Führung ihrer Kommunistischen Partei im Bündnis mit den anderen Werktätigen Volksschichten den kapitalistischen Staat in der proletarischen Revolution zerschlagen und wie in China und Albanien ihren Staat, die Diktatur der Arbeiterklasse, errichtet hat, hat sie auch gleichzeitig die Ursachen der Krisenwirtschaft, der Arbeitslosigkeit und des Massenelends liquidiert. Sie hat Schluß gemacht mit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und an ihre Stelle die gemeinsame Arbeit nach gemeinsamem Plan gesetzt. Die Genossen, die in diesem Jahr ihren Urlaub in der Volksrepublik Albanien verbracht haben, konnten selbst sehen, wie jeder technische Fortschritt zu einem Fortschritt für die Massen wird, wie jeder Arbeitsplatz, der durch neue Maschinen eingespart wird, bedeutet, daß ein Mann mehr für die Bewältigung neuer Aufgaben zur Verfügung steht. Arbeitslosigkeit – für die Werktätigen der VR Albanien hat dieses Wort seinen Schrecken verloren. Während die Welt des Kapitalismus von allgemeiner Krise geschüttelt wird, bauen sie den Sozialismus auf.**

Vom Aufbau des Sozialismus

BESUCH IM KINDERKRANKENHAUS VON SHKODRA.

Korrespondenz. Den Kindern, das hatten wir schon erlebt, gilt die Liebe und Fürsorge der Volksmacht und des albanischen Volkes. Heute erfuhren wir, daß das in besonderem Maße für die kranken Kinder zutrifft: Wir besuchten das Kinderkrankenhaus in der nordalbanischen Bezirkshauptstadt Shkodra.

Zunächst berichtete uns der Direktor über die Aufgaben und die medizinische Versorgung des Krankenhauses. Es wurde vor vier Jahren eröffnet. Als Gesundheitszentrum des gesamten Bezirks ist es für alle schwangeren Frauen, für alle Geburten und alle kranken Kinder bis zu 14 Jahren zuständig. Ihm unterstehen die ärztlichen Konsultationszentren des Bezirks, die auch jedes gesunde Kind ständig medizinisch überwachen, Vorsorgeuntersuchungen und Schutzimpfungen durchführen, sowie alle Kinderärzte und Krankenschwestern, die kranke Kinder ambulant behandeln.

Das Krankenhaus hat 275 Betten und das Personal umfaßt mit den 14 Ärzten rund 300 Menschen. Es gibt alle notwendigen Einrichtungen für die Krankenbehandlung, wie z.B. radiologische, physiologische oder kardiologische Abteilungen, ein mit modernen Brutkästen ausgestattetes Zentrum für Frühgeburten usw.

Vor der Befreiung gab es in ganz Albanien nur 30 Krankenhausbetten, heute sind es allein in Shkodra 600. Einem Kinderarzt in ganz Nordalbanien damals, stehen heute allein in Shkodra 23 gegenüber. Diese großen Fortschritte haben zusammen mit der vorbeugenden Medizin dazu geführt, daß sich die Gesundheit der albanischen Kinder ständig verbessert hat; viele Krankheiten treten gar nicht mehr auf. Wir waren begeistert, als wir hörten, daß es in Albanien Masern schon seit 15 Jahren und Kinderlähmung seit drei Jahren nicht mehr gibt.

Auch die Art, wie die Eltern kranker Kinder in die Behandlung miteinbezogen werden, zeigte uns den krassen Unterschied zu den Verhältnissen in den kapitalistischen Ländern. Die Ärzte besprechen mit ihnen alles, sie erklären ihnen genau die Krankheit und die Behandlung ihres Kindes. Mütter von kranken Säuglingen, die vom Land kommen, wohnen in einem Hotel in der Stadt, wo sie kostenlos untergebracht und verpflegt werden. Außerdem erhalten sie für die Zeit, in der ihr Kind im Krankenhaus ist und in der sie nicht arbeiten können, bis zu 80% ihres Lohnes weiterbezahlt - ob es nun eine Woche oder drei Monate dauert.

Eine öde, sterile Atmosphäre, wie sie häufig in unseren Krankenhäusern herrscht, und Kinder, die den meisten Teil des Tages in ihren Zimmern sich selbst überlassen sind, gibt es hier nicht. Wir sahen, wie größere Kinder, denen es schon besser ging, sich mit den kleineren Kindern beschäftigten. Und Kinder, die schon aufstehen dürfen, gehen jeden Tag auf den Hof des Krankenhauses und spielen dort. Für die Schulkinder, die längere Zeit dort bleiben müssen, kommen extra zwei Lehrerinnen und unterrichten sie. So verlieren diese Kinder den schulischen Anschluß nicht.

Auch die Betreuung durch das Krankenhauspersonal zeigt, mit wieviel Liebe die kranken Kinder behandelt werden. Wir sahen z.B., daß je eine Ärztin und eine Krankenschwester, im Achtstundenwechsel mit zwei anderen, nur für die Betreuung eines Raumes, in dem Säuglinge mit schweren Ernährungsstörungen lagen, abgestellt waren, während die eigentliche Krankenbehandlung von einem anderen Arzt übernommen wurde.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Im Kampf gegen den zionistischen Feind befreit sich die palastinensische Frau

In Beirut fand vom 5. – 10. August der 2. Kongreß der Generalunion Palästinensischer Frauen (GUPW) statt. An diesem Kongreß nahmen auch zwei Genossen des Palästina-Komitees Hamburg als Delegierte teil. Aus ihrem Bericht, den sie an den ROTEN MORGEN schickten, veröffentlichen wir im Folgenden einige Auszüge.

"Die Generalunion Palästinensischer Frauen (GUPW), deren 2. Kongreß wir im August dieses Jahres als Delegierte des PALÄSTINAKOMITEES HAMBURG besuchten, ist 1965 in Jerusalem gegründet worden."

"1965 war das Jahr, das eine grundlegende Wende in der arabischen Revolution brachte. Am ersten Januar hatte eine kleine Gruppe von patriotischen Studenten und Veteranen des großen

Passivität früherer Jahre zurückzubomben. Während des Kongresses - wie auch schon in den Monaten zuvor - flogen zionistische Phantoms ununterbrochen Terrorangriffe gegen die großen Lager im Libanon. Unter dem zynischen Vorwand von militärischen Operationen zerstören sie gezielt Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser. Und sie bringen nicht nur Napalm und Splitterbomben; ihre neuste Mordwaffe ist Kinderspielzeug:

Tat um. Als die Mitgefangenen des Mädchens davon erfuhren, reagierten sie allerdings anders als die Folterknechte es erwartet hatten: Mehrere Männer boten sich sofort an, die Genossin zu heiraten."

Während des Kongresses konnten wir feststellen, daß die Gastdelegierten der afrikanischen und asiatischen Befreiungsbewegungen dem Kampf der palästinensischen Frau gerade deshalb so tief verbunden waren, weil sie selbst diesen Weg gegangen sind: aus der Erniedrigung durch soziale und nationale Unterjochung zum bewaffneten Kampf gegen den Imperialismus. Heute sind sie es, die den Imperialisten die Bedingun-

Von der PLO organisierte Werkstatt zur Textilproduktion.



Von zionistischen Flugzeugen abgeworfene Bomben, die als Spielzeug präpariert sind.

antibritischen Aufstandes von 1936, die sich Al-Fatah nannte, die erste bewaffnete Operation gegen den zionistischen Feind durchgeführt. Dieser erste Januar gilt seither als der Beginn der neuen palästinensischen Revolution und die GUPW wurde ein fester Bestandteil dieser Bewegung.

Der 2. Kongreß der GUPW konnte nach 9 Jahren des Kampfes gegen Zionismus, Imperialismus und die arabische Reaktion die Schlußfolgerung ziehen: es war richtig, zu den Gewehren zu greifen und sich dem Feind entgegenzustellen. Auf der Linie des bewaffneten Kampfes für die vollständige Befreiung der Heimat und im festen Vertrauen auf die eigene Kraft konnte das palästinensische Volk seine revolutionäre Einheit wiederherstellen und weiter festigen

Heute ist es nicht mehr möglich, dieses Volk zu demoralisieren und in die

Puppen und Teddys mit Sprengstoff präpariert.

Die palästinensischen Frauen jedoch erklären: wenn eins oder mehrere unserer Kinder ermordet werden oder im Kampf fallen, werden wir die noch lebenden um so sorgfältiger darauf vorbereiten, das Gewehr in die Hand zu nehmen.

In ihrem Kampf gegen den zionistischen Feind befreit sich die palästinensische Frau von den Fesseln der reaktionären Ideologie des Feudalismus. Abu Iyad, einer der Führer der Al-Fatah, berichtete in seiner Grußadresse an den Kongreß von einer jungen Kämpferin, die von den Zionisten gefoltert wurde, aber dennoch schwieg. Die zionistischen Verbrecher, die wohl wußten, daß ein arabisches Mädchen mehr als durch körperliche Schmerzen durch die Verletzung ihrer Ehre getroffen werden kann, bedrohten sie schließlich mit Vergewaltigung. Als die Genossin immer noch schwieg, setzten sie ihre Drohung in die

gen stellen. Das machte Maria Cabral klar, die Witwe des unvergessenen Führers von Guinea Bissao, Amilcar Cabral, den Spinola ermorden ließ. Sie ließ keinen Zweifel daran, daß ihre Partei, die PAIGC, dem neuen Regime in Lissabon nicht das geringste Zugeständnis machen wird. Das machten die vietnamesischen Genossinnen klar, als sie betonten, daß sich die Lage in Vietnam durch das Pariser Abkommen keineswegs grundlegend geändert hat, und daß das vietnamesische Volk im Volkskrieg ausharren wird, bis der letzte Aggressor vernichtet ist.

Ein vollkommen anderes Bild vom Kampf der Völker hatten allerdings die Gastdelegierten aus den Ländern des Warschauer Pakts. Wir wollen hier nur auf den Bericht der Vertreterin der DDR verweisen. Sie strich als positive Reaktion auf einen Palästina-Bericht, den sie früher veröffentlicht hatten, den Leserbrief einer Frau aus Dresden heraus, in dem es hieß: "Es ist grausam, daß Kinder heute noch in Lagern heranwachsen, wo es keine Freude gibt, wo Elend und Leiden die Träume der Kinder zerstören (...) Ich habe meinen Sohn erzählt, wie schrecklich das Leben der palästinensischen Flüchtlinge ist und wie glücklich wir in unserem sozialistischen Staat leben " usw.

Wir haben die Lager gesehen und wir können der Frau aus Dresden und ihrem Sohn versichern, daß es in den Lagern allerdings mehr Freude gibt, und die Menschen glücklicher sind als in einem Arbeiterviertel in Dresden oder auch in Hamburg. Warum? Jeder Revolutionär, der ein Lager im Libanon betritt, fühlt sich an Marxens Beschreibung der Pariser Kommune erinnert. Das Lager ist bewacht von den Geschützen und Maschinengewehren der Revolution. In den Straßen patroulliert die Miliz, das bewaffnete Volk. Die sozialen Einrichtungen wie Krankenhäuser gehören dem Volk, unnötig zu betonen, daß die medizinische Versorgung besser ist als außerhalb des Lagers und daß die Libanesen aus den werktätigen Klassen ins Lager zur Behandlung kommen. Die Befreiungsarmee (PLO) baut in den Lagern Werkstätten und kleine Betriebe auf, in denen die Arbeiter ihre Löhne weitgehend nach objektiven Bedürfnissen festlegen (Größe der Familie). Die Lagerbewohner sind durch die Revolution eng miteinander verbunden; unter Leitung der PLO lösen sie wichtige Probleme wie die Wohnungsfrage kooperativ und verbessern so ihre Lebensumstände ständig. Wie Marx über die Kommune sagte: „Es ist das Volk, das selbst und für sich selbst handelt."

Natürlich ist das palästinensische Lager keine Diktatur des Proletariats, natürlich ist jede Errungenschaft der Lager und vor allem die bewaffnete Präsenz der Fedayin täglich von der Reaktion bedroht. Aber das Lager heute ist der lebendige Ausdruck des revolutionären Willens der Palästinenser für das zukünftige volksdemokratische Palästina zu kämpfen. Wer aber den Menschen in Dresden und Rostock erzählt, das Lager sei ein Haufen Elend und Unglück, der schlägt dem palästinensischen Volk ins Gesicht, der leugnet 9 Jahre Revolution, der träumt den gleichen reaktionären Traum, von dem wir oben sprachen, den Traum Husseins und der Zionisten. Und was ist das anderes als der Traum aller Imperialisten, daß die Völker der dritten Welt die ewigen Kulis und Sklaven bleiben mögen?

Die palästinensische Revolution hat solche Wunschvorstellungen gründlich zerschlagen. Und wir müssen betonen, worauf uns die Genossen immer wieder hingewiesen haben: „Was wir heute sind, sind wir durch das Gewehr." Das ist nicht nur die Lehre des neunjährigen Kampfes, sondern auch die Schlußfolgerung aus der Analyse der gegenwärtigen Lage, wie sie von der Bewegung gezogen wird. Zitieren wir dazu noch einmal die Delegierte der DDR, die folgende Einschätzung der Lage zum Besten gab: , Die DDR ist glücklich, ihren Anteil an der Tendenz zur Entspannung zu haben, die gegenwärtig das entscheidende Element in der Entwicklung der Lage in Europa und in der Welt ist."

Während beinahe täglich die zionistischen Terrorbanden die Palästinenser-Lager überfallen, deren Schicksal ihr angeblich so sehr am Herzen liegt, wagt sie es, von Entspannung zu schwätzen! Die PLO tritt solchen Versuchen, den Kampfeswillen der Völker einzulullen und ihre Wachsamkeit zu untergraben, entschieden entgegen.

Die Genossen führen weiter in ihrem Bericht aus, daß es das Ziel der sowjetischen Sozialimperialisten im Nahen Osten ist, das palästinensische Volk zur Aufgabe des bewaffneten Kampfes und zur Annahme einer sogenannten „politischen Lösung" zu zwingen. Nach dieser , politischen Lösung' soll dem palästinensischen Volk auf der Westbank ein winziges Territorium zugestanden werden unter der Bedingung, daß dieser „palästinensische Staat" Israel anerkennen würde. Diese „politische Lösung" der Sozialimperialisten wäre ein Pufferstaat, ein Gebilde, das kein vernünftiger Mensch „Staat" geschweige denn Hinterland für den Befreiungskampf nennen könnte, ein Gebilde, eingekreist vom Zionismus und dem Haschemitischen Thron, auf Gedeih und Verderb von den Imperialisten abhängig, ein neues Objekt ihrer Konkurrenz.

Das palästinensische Volk allerdings, das nicht nur eine ruhmreiche Tradition des Kampfes, sondern auch bittere Erfahrungen des Exils, der Versklavung und des Lagerlebens hat, lehnt einmütig eine solche Lösung ab.

Die PLO, heißt es an anderer Stelle, hat immer betont: Jeder Versuch der Durchsetzung einer „politischen" oder „friedlichen" Lösung mit der Garantie der Existenz des Staates Israel als Kernpunkt ist ein Versuch, die palästinensische Revolution zu liquidieren. Denn die Anerkennung „Israels" und Revolution zur Zerschlagung „Israels" – das schließt sich aus. „Israel" oder Palästina, das ist die Alternative, etwas Drittes gibt es nicht.

„Niemand kann diese Kämpfer zwingen, das Gewehr, das ihnen den Weg zur nationalen und sozialen Befreiung eröffnete, wieder aus der Hand zu legen. Sollten die Spaltungsversuche der Imperialisten aber jemals erfolgreich sein, und einige bürgerliche Elemente auf die Liquidationspläne einschwenken, dann wird sich dieses Gewehr – das haben uns die Genossen immer wieder versichert – gegen die Verräter richten. Die Revolution aber wird weiterleben, und sie wird weiterhin die Unterstützung aller wirklichen Kommunisten und aller Menschen, die für den gesellschaftlichen Fortschritt eintreten, haben."

Vor fünf Jahren verstarb
Präsident Ho Chi Minh

Vor fünf Jahren, am 3. September 1969, starb Präsident Ho Chi Minh. Sein Name ist für die kämpfenden Völker der ganzen Welt zum Symbol geworden für den unermüdlichen, revolutionären Kampf gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit und Freiheit.

Unter seiner Führung erhob sich 1945 das vietnamesische Volk zur Revolution und errichtete in einem Teil des Landes die Herrschaft des Volkes unter Führung der Arbeiterklasse. **Im Kampf gegen die imperialistischen Aggressoren hat Ho Chi Minh dem vietnamesischen Volk stets den richtigen Weg zum Sieg gewiesen, den revolutionären Volkskrieg.** In unermüdlicher Arbeit ist unter seiner Führung das ganze vietnamesische Volk im langandauernden revolutionären Widerstandskrieg zusammengeschlossen worden, ist eine feste Kampfeinheit des Volkes und der bewaffneten Befreiungsarmee geschmiedet worden, die jeder imperialistischen Armee standhalten und sie auf die Dauer besiegen wird.

Im revolutionären Volkskrieg konnte das vietnamesische Volk die japanischen Aggressoren verjagen, konnte es in einem neun Jahre währenden Krieg die französischen Imperialisten vernichtend schlagen. Und das Volk hat auch nicht im geringsten gezögert, die Waffe gegen die eindringenden US-Imperialisten zu erheben, die damals größte und gefährlichste Militärmaschine des Imperialismus.

Präsident Ho Chi Minh zog aus den großen Erfolgen, die das vietnamesische Volk in all seinen Kämpfen erringen konnte, den wichtigen Schluß, daß „un-



ter hervorragenden Bedingungen der revolutionären Bewegung in dieser Ära jede Nation, auch eine kleine, vorausgesetzt, sie ist fest geeint und kämpft entschlossen gemäß einer richtigen politischen und militärischen Linie, mit der aktiven Hilfe und Unterstützung der sozialistischen Länder und der revolutionären Völker in der Welt jeden imperialistischen Aggressor schlagen kann, einschließlich ihrer Anführer, die US-Imperialisten."

Die hervorragenden Erfolge des vietnamesischen Volkes im Kampf gegen die US-Imperialisten und ihre Marionetten in Saigon haben dies bestätigt. Sie sind ein großartiges Beispiel für die Völker der Welt und haben dem Kampf gegen Imperialismus auf der ganzen Welt einen großen Auftrieb gegeben.

„Laßt unsere gesamte Partei und unser ganzes Volk sich fest im Kampf zusammenschließen, baut ein friedliches, wiedervereintes, unabhängiges, demokratisches und blühendes Vietnam auf und leistet einen würdigen Beitrag zur Weltrevolution." Dieses Vermächtnis seines Präsidenten Ho Chi Minh zu verwirklichen, hat das vietnamesische Volk in den letzten fünf Jahren seine Anstrengungen ständig erhöht. Dem großen Vorbild Ho Chi Minh folgend, wird ihm gewiß der Sieg gehören.

Es lebe der Kampf des vietnamesischen Volkes!
Es lebe der Sieg im Volkskrieg!

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	41 und 50 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7.23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz Mittelwelle
206 Meter entspricht 1,456 khz.



RADIO PEKING

19.00 - 19.30
21.00 - 22.00
Immer: 43,7 42,8 und 26,2 Meter

ZK des KJVI/ML zum Kampf gegen den Faschismus

Die Thälmannzelle der Kommunistischen Partei Italiens/Marxisten-Leninisten in Westberlin übersandte uns vor einigen Tagen einen Aufruf des Zentralkomitees des Kommunistischen Jugendverbandes Italiens/Marxisten-Leninisten, um so vor allem die deutsche Jugend und ihre Vorhut, die Rote Garde, mit dem Kampf der italienischen Jugend bekanntzumachen.

In diesem Aufruf, der sich an die jungen Arbeiter, Studenten und Antifaschisten richtet, wird der Weg gewiesen zum Kampf gegen die Angriffe der Bourgeoisie auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der italienischen Jugendlichen. Diese Bedingungen sind so schlecht, daß auch viele Jugendliche gezwungen sind, aus ihrer Heimat fortzugehen und in Westdeutschland und anderen Ländern Arbeit zu suchen.

Gleichzeitig treibt die Bourgeoisie ihre reaktionären und faschistischen Pläne voran. Es ist im Moment die Democrazia Cristiana (Christdemokratische Partei), die im Auftrag der Monopolbourgeoisie die Kräfte der Polizei und der Spezialtruppen der Regierung auf die kämpfenden Jugendlichen hetzt. Während einerseits die Faschisierung des Staatsapparates vorangetrieben wird, bereitet die Bourgeoisie auf dem Wege der staatlichen Unterstützung der MSI-DN gleichzeitig die Errichtung eines offenen faschistischen Regimes vor. (Die MSI-DN ist eine faschistische Partei, die sich „Soziale Bewegung Italiens – Nationale Rechte" nennt – RM).

Die Kommunistische Partei Italiens/Marxisten-Leninisten und ihr Jugendverband haben gegen diese Kräfte der Reaktion von Anfang an einen entschlossenen Kampf geführt. **„Gerade während die Antwort der Massen immer entschlossener wird, versuchen die Führer der FGCI (Revisionistische Jugendorganisation), die Jugend auf den Weg des ‚historischen Kompromisses' zu führen, sie versuchen, glaubhaft zu machen, daß es eine Zusammenarbeit geben kann mit denen, die uns ausbeuten und unterdrücken",** – heißt es unter anderem wörtlich in dem Aufruf.

Weiter heißt es über die ruhmreiche Kampftradition der italienischen Jugend:

„Erinnern wir uns an die Kämpfe von 1960, wo tausende und tausende von Jugendlichen aus ganz Italien auf die Straße gingen, gegen Faschismus, gegen die Regierung Tramboni; die Bourgeoisie mußte damals eine Niederlage einstecken: In Genua wurde damals durch den Kampf der Massen der Parteitag der MSI verhindert, die Regierung Tramboni mußte zurücktreten.

Wir verloren Genossen: In Reggio Emilia, Catania, Palermo, Alicata. Junge Kämpfer, die in jenen Kämpfen allen ihren antifaschistischen und antikapitalistischen Haß ausdrückten. Wir haben noch mehr tapfere Kämpfer verloren, Genossen wie Franceschi, Serantini, Saltarelli, Lupo. Ermordet, weil sie Antifaschisten waren. Wir werden weitere verlieren. Aber die reaktionären und bürgerlichen Kräfte sollen sich nicht täuschen. Die antifaschistische Jugend wird ihre Taten rächen, wird auch diejenigen Jugendlichen rächen, die täglich Opfer der kapitalistischen Mordtaten werden, wird die Jugendlichen rächen, die während des Militärdienstes sterben..."

Zum Schluß des Aufrufes heißt es:

„Junge Revolutionäre, Antifaschisten,

gegen die brutalen Folgen des kapitalistischen Systems, gegen die faschistischen Pläne müssen wir uns organisieren: Bauen wir eine mächtige antifaschistische Front der Jugend auf, die eine stählerne Barrikade wird, an der die Schläge der Reaktion zerschellen werden. Es ist die Aufgabe der Jugend, das Banner der Freiheit, des Fortschrittes, der sozialen Gerechtigkeit hochzuhalten, das Banner, das heute im sozialistischen China und Albanien weht, das Banner, welches den Kapitalisten Faschisten und Reaktionären aller Schattierungen das Grab schaufeln wird.

Vorwärts zum Sozialismus!'

KP Spaniens/ML: Rede zum Roten Antikriegstag

Am Roten Antikriegstag in Gelsenkirchen sprach unter anderem auch ein Vertreter der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten. Wir drucken im Folgenden seine Rede ab:

Genossen und Freunde,

Der Anlaß der heutigen Veranstaltung ist, wie wir alle wissen, die Bestimmung des 1. September zum Tag des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg. Die KPD/ML, die in Westdeutschland die Fahne der Revolution fest in ihren Händen hält, setzt die Tradition dieses Tages, der so tiefe Bedeutung für das deutsche Volk hat, fort. Die Organisationen der KPS/ML in Westdeutschland können nicht abseits stehen, wenn es um die Anklage gegen eine so verbrecherische, gegen die Völker gerichtete Sache geht wie den imperialistischen Krieg.

Solange es den Imperialismus gibt, kämpfen die Imperialisten um die Aufteilung der Welt, für die Aufrechterhaltung der Ausbeutung der Völker, die sie beherrschen und ausplündern. Solange es den Imperialismus gibt, sind die imperialistischen Kriege unvermeidlich.

Wir dürfen nicht vergessen, daß heute der USA-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus die hauptsächlichen Verbrecher sind: Nahost, Vietnam, Chile, Zypern ...usw. bilden eine unendliche Kette von Patrioten, ermordet von den Imperialisten der einen oder anderen Sorte in ihrer Gier nach Weltherrschaft. Der Kampf gegen die imperialistischen Kriege bedeutet uns allen deshalb eine einzige unausweichliche Notwendigkeit: die Revolution.

Nur die Befreiungskriege und die Errichtung der Volksmacht in allen Ländern der Welt können diesen Plagen ein Ende setzen, die ständige Massenschlächterei beenden.

Denn vergessen wir nicht, daß entweder der Weltkrieg von der Revolution verhindert wird oder die Revolution der Völker entfesselt, wie Vorsitzender Mao gesagt hat.

Wir begehen diesen Tag in einem Augenblick, in dem unser Volk, das spanische Volk, eine der wichtigsten Schlachten liefert, seit vor 35 Jahren der Stiefel der Faschisten die republikanische Regierung zertrat, die unser Volk gewählt hatte.

Heute, wo die Diktatur vor dem schwierigen Problem ihrer Fortsetzung steht, bereiten sich alle Völker Spaniens auf einen wichtigen Kampf Klasse gegen Klasse vor: den revolutionären Generalstreik gegen die Monarchie und alle reaktionären Manöver, die auf die Fortsetzung des Regimes abzielen. Zu diesem Generalstreik haben die KPS/ML und die FRAP schon für den bevorstehenden Oktober aufgerufen.

Es ist eine Schlacht, in der die Reaktion verzweifelt versucht, ihre Reihen zu schließen und in der der Revisionist Santiago Carillo und seine Partei – wie nicht anders zu erwarten – sich mit ihrer „demokratischen Junta" auf die andere Seite der Barrikade gestellt haben. Das spanische Volk schließt die Reihen der republikanischen Einheit rings um die Volksfrontkomitees, die auf Anregung der FRAP und anderer revolutionärer und fortschrittlicher Organisationen, die noch nicht in ihr organisiert sind, in ganz Spanien und in der Emigration gerade geschaffen werden und sich entwickeln.

Genossen, wir können Euch versichern, daß alle revolutionären Klassen Spaniens, mit der Arbeiterklasse und der Bauernschaft an der Spitze, sich heute unter der Führung der FRAP für ein Ziel einsetzen: den imperialistischen Kriegen ein Ende zu machen. **In unserem Land bedeutet das: den Yankee-Imperialismus zu vertreiben und mit ihm die Finanz- und Großbesitz-Oligarchie, die sich an ihn verkauft hat, und in Spanien die föderative Volksrepublik zu errichten, die uns zum Sozialismus führt.**

Das ist unser Beitrag zur antiimperialistischen weltweiten Front, die wir mit allen Völkern und mit der VR China und der VR Albanien an der Spitze bilden, gegen Weltimperialismus und Weltreaktion.

Setzen wir den imperialistischen Kriegen die revolutionären Befreiungskriege entgegen!
Nicht Franco, nicht Yankee, nicht König, – Föderative Volksrepublik!
Vorwärts zur sozialistischen Revolution in Deutschland!
Es lebe der aktive proletarische Internationalismus!

Ruhrkomitee der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten

Anarchisten provozieren auf RH-Veranstaltung

Am Freitag, den 6.9. fand in Westberlin eine Diskussionsveranstaltung der ROTEN HILFE Westberlin statt. Vor den ca. 100 anwesenden Kollegen, Freunden und Genossen sprach ein Genosse über die heutige Lage des Klassenkampfes und die Stoßrichtung der Arbeit der ROTEN HILFE. Ein wichtiger Abschnitt beim Zusammenschluß der ROTE-HILFE-Organisationen auf einer gemeinsamen, korrekten Grundlage war die Bochumer Konferenz gewesen, auf der die Anarchisten als antikommunistische und arbeiterfeindliche Elemente entlarvt und ausgeschlossen wurden.

18 Anhänger einer solchen Gruppe, der „Roten" Hilfe Stephanstraße, waren auch auf der Veranstaltung anwesend. Durch Zwischenrufe, Trampeln, Lachen und immer offenere Provokationen störten sie die Veranstaltung unentwegt. Man merkte förmlich, daß es ihr Auftrag war, zu provozieren, um die Veranstaltung platzen zu lassen. Als ein Genosse den Anführer um Ruhe bat, stürzte sich dieser sofort auf ihn. Das war das Signal für die anderen. Sofort schlugen vier von ihnen ihre Biergläser ab und warfen den ausgesplitterten schweren Glasboden mit voller Wucht in die Menge. Sie griffen nach Stühlen und schlugen damit auf Genossen und Freunde, die auf ihren Plätzen saßen, ein. Einer von ihnen zog plötzlich eine Gaspistole heraus und schoß damit. Nachdem die Genossen und Freunde sich vom ersten Schrecken über diesen Überfall gefaßt hatten, waren die Provokateure in Sekundenschnelle aus dem Saal geschafft.

Diese Leute versuchten auf der Bochumer Konferenz im erbitterten Kampf gegen die kommunistischen RH-Genossen den Aufbau der ROTEN HILFE als proletarischer Kampforganisation zu verhindern. Sie wollten die ROTE HILFE nicht zu einem Hebel der proletarischen Revolution werden lassen, sondern sie auf das Niveau einer „Gefangenenkaritas" zurückzerren. Der Westberliner Vorfall zeigt, daß das kein politischer Irrtum dieser Leute war, sondern daß dieses lumpenproletarische Gesindel voll auf der Seite der Konterrevolution steht.

Rote Hilfe gegründet

Am Roten Antikriegstag gründete sich die ROTE HILFE Friedrichshafen. Sie legte als Grundlage ihrer Arbeit die Programmatische Erklärung fest, die auf der Bochumer Konferenz verabschiedet wurde. Die erste konkrete Aufgabe, die festgelegt wurde, war die Weiterführung des Kampfes gegen die Ausweisung des Genossen Sascha Haschemi unter der Parole: Einen deutschen Paß für Sascha!

Unterdrückte von heute - Sieger von morgen'

Anläßlich des 50. Jahrestages der Gründung der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS und vor dem Gründungskongreß der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS ist eine Broschüre erschienen mit dem Titel: „Unterdrückte von heute – Sieger von morgen!"

Mit dieser Broschüre werden erstmals wichtige Dokumente aus der Geschichte der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS und der Internationalen Roten Hilfe wieder zugänglich gemacht.

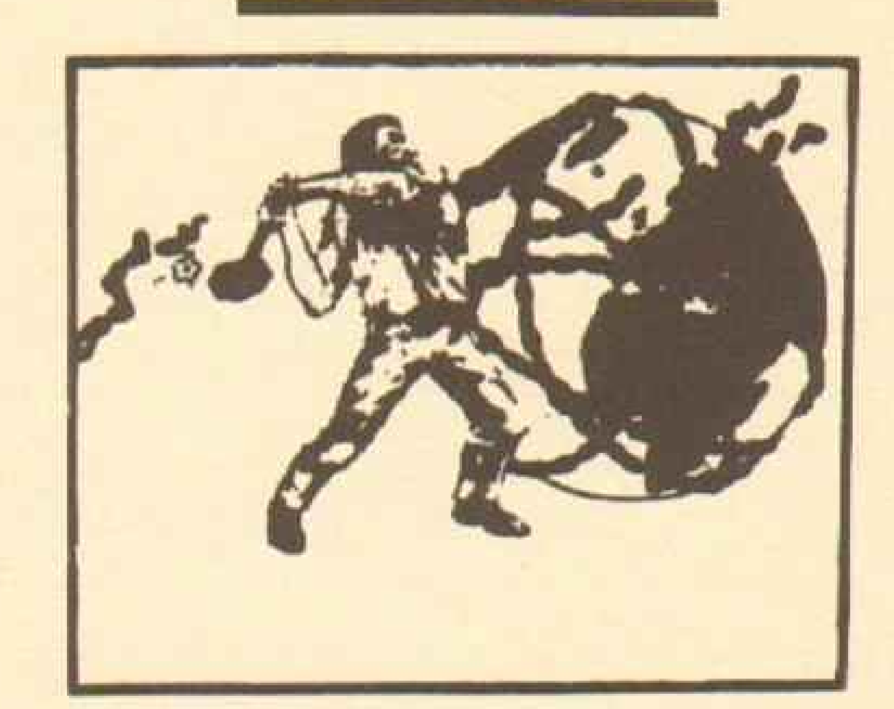
Besonders zu erwähnen ist der Aufsatz Clara Zetkins, der langjährigen Vorsitzenden der Internationalen Roten Hilfe, der 1932 anläßlich des 10-jährigen Bestehens dieser Organisation entstand. In ihm wird der grundsätzliche Kurs angegeben, den eine Solidaritätsorganisation, eine revolutionäre Massenorganisation im Kampf gegen die politische Unterdrückung steuern muß. Wenn Clara Zetkin in ihrem Aufsatz rückblickend feststellen kann, daß die IRH als eine geschichtsgestaltende Kraft in den Klassenkampf eingegriffen und die Kräfte der Weltrevolution gestärkt und vermehrt hat, dann deshalb, weil die IRH es verstanden hat, einerseits alle, die bereit waren, brüderliche Hilfe zu leisten und Solidarität zu üben, zu organisieren und auf der anderen Seite stets daran festgehalten hat, daß die Rote Hilfe zur zentralen Frage unserer Zeit: Kapitalismus oder Kommunismus – Stellung beziehen muß. Unermüdlich wurde diese Rolle der Roten Hilfe als einer revolutionären Massenorganisation gegen alle scheinbar „linken" und alle offen rechten und revisionistischen Angriffe verteidigt.

Diese zentralen Lehren aus der Geschichte der Roten Hilfe werden in einem Artikel der Provisorischen Zentralen Leitung noch einmal deutlich ins Bewußtsein gerufen und auf die heutige Situation angewandt. Insofern wird uns mit dieser Broschüre nicht nur ein wichtiges historisches Dokument in die Hand gegeben, sondern darüberhinaus ein Hilfsmittel für jeden an der Roten-Hilfe-Arbeit Interessierten, auf der erprobten Linie der RHD den Kampf weiterzuführen beim Aufbau einer starken Roten Hilfe in Westdeutschland und Westberlin.

Die Entwicklung der Rote-Hilfe-Organisation war von Anfang an begleitet von Versuchen der Bourgeoisie, die ROTE HILFE als angebliche Nachfolgeorganisation der RAF zu einer kriminellen Vereinigung zu stempeln und zu verbieten.

rote hilfe

UNTERDRÜCKTE VON HEUTE -



SIEGER VON MORGEN !

Das Erstarken der Rote-Hilfe-Organisationen hat diesen hinterhältigen Angriff allerdings bisher vereiteln können. So sieht sich die Bourgeoisie zu offeneren Angriffen gezwungen. Die Beschlagnahmung der „Roten Hilfe 25" wegen der Artikel zum Tod des Genossen Günter Routhier ist ein Versuch, mit dem Mittel der Nadelstichtaktik die Arbeit der ROTEN HILFE zu illegalisieren, eine Methode, mit der die Bourgeoisie über die Beschlagnahme des ROTEN MORGEN auch gegenüber der Partei vorgeht.

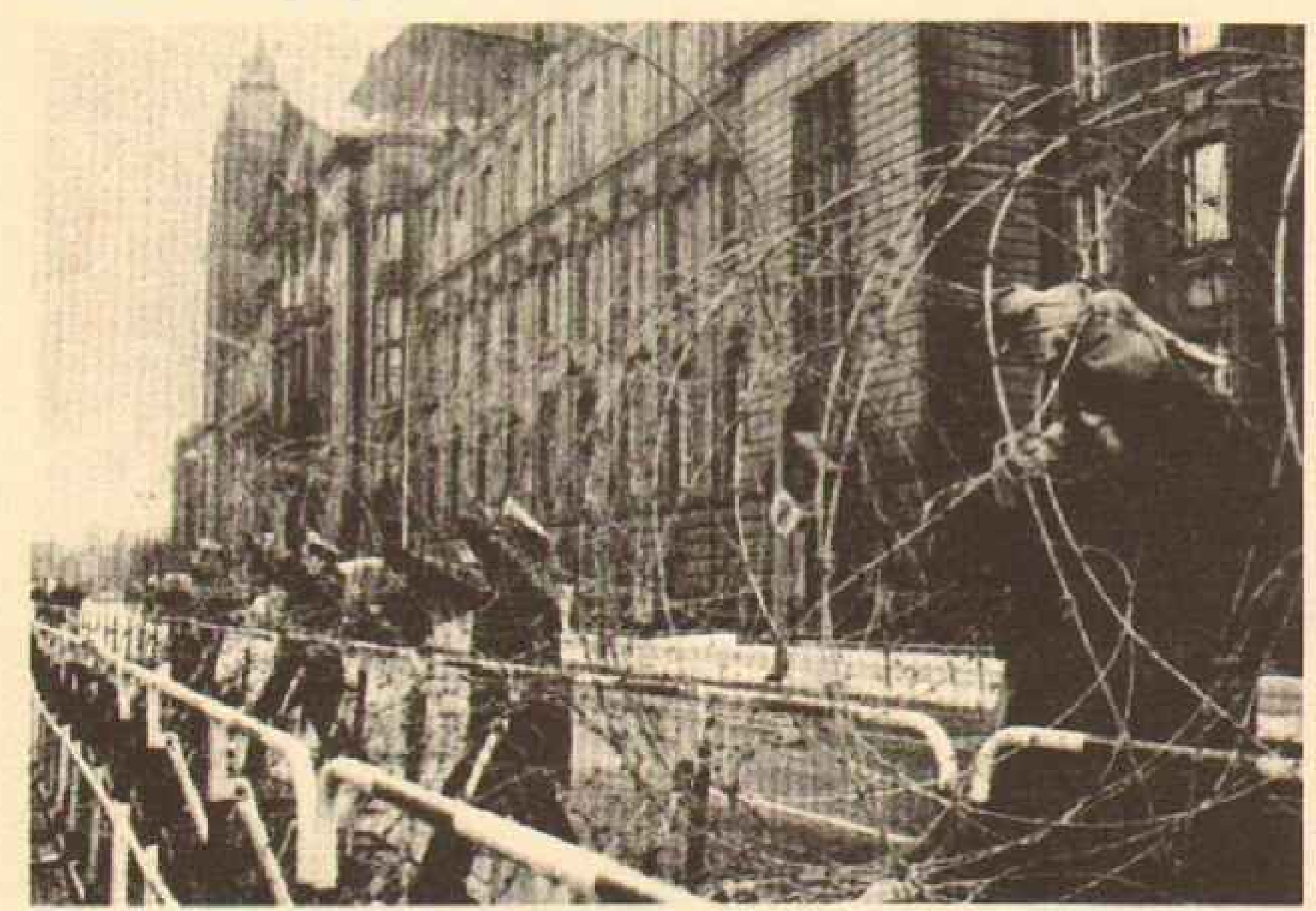
Die ROTE HILFE wird auf diese Angriffe der Bourgeoisie mit einem verstärkten Kampf für die Verbreiterung und Festigung ihrer Reihen antworten.

Es sei in diesem Zusammenhang noch darauf verwiesen, daß inzwischen die dritte Nummer der „Roten Hilfe" seit der Bochumer Konferenz, die „Rote Hilfe 26" erschienen ist. Sie enthält unter anderem Artikel zum bevorstehenden Gründungskongreß, den Verhältnissen in den Gefängnissen, zu den Berufsverboten, zu den Angriffen auf die ROTE HILFE, zu den Antikriegstagsprozessen. Außerdem eine Korrespondenz italienischer Genossen, einen Artikel anläßlich des 30. Jahrestages der Ermordung Ernst Thälmanns.

Die „Rote Hilfe 26" ist zu bestellen bei M. Banos, 46 Dortmund, Kesselstr. 31. Preis der Einzelnummer: 75 Pfennig.

Genossen Meinhof, Mahler und und Bäcker vor Gericht

Am 10.9. beginnt in Westberlin erneut der Prozeß um die Befreiung des Genossen Baader. Im ersten Prozeß 1971 wurden die Genossen Ingrid Schubert und Irene Goergens zu 6 bzw. 4 Jahren Gefängnis verurteilt. Damals wurde Genosse Mahler freigesprochen. Der Bundesrerichtshof hob diesen Freispruch aufgrund eines Revisionsantrages der Staatsanwaltschaft auf. Nach jahrelanger Isolationsfolter stehen jetzt die Genossen Meinhof, Mahler und Bäcker vor Gericht. Die Anklage lautet u.a. auf „gemeinschaftlich begangenen Mordversuch."



Gerichtsgebäude werden zu Polizeifestungen.

Für den Prozeß, der jetzt beginnt, hat der Westberliner Senat das Prozeßgebäude in eine Polizeifestung verwandeln lassen. Bereits Wochen vor dem Prozeß wurde der Gerichtssaal bewacht, seine Fenster halb zugemauert. Zwischen den angeklagten Genossen und dem Zuschauerraum wurde eine schußsichere Glasscheibe aufgebaut. Mit Beginn der Verhandlung sollen sogar alle Parkplätze in der Nähe des Gerichts gesperrt werden. Das gesamte Personal des Gerichts – rund 2 000 Beamte und Angestellte, bekommt Sonderausweise; Zuhörer und Journalisten werden nur mit besonderen Eintrittskarten in den Gerichtssaal gelassen.

Ungefähr gleichzeitig mit diesem Prozeß beginnen noch eine Reihe anderer Prozesse gegen angebliche Mitglieder oder Sympathisanten der RAF. Unter ihnen der Prozeß gegen den Rechtsanwalt Lang, dessen Prozeß wegen angeblicher Unterstützung der RAF am 16.9. in Ludwigsburg beginnt. einem Vorort von Stuttgart. Mit diesen Prozessen und dem sie begleitenden Polizeiterror und der Pressehetze, die vor allem in „Bild" wieder entfaltet wird, beginnt eine neue Welle des Justizterrors. Höhepunkt wird der Hauptprozeß gegen die RAF-Genossen im Frühjahr sein.

Genosse Mahler ist bereits in einem Verfahren wegen angeblicher Gründung und Rädelsführerschaft der RAF zu 12 Jahren verurteilt worden. Dieses Urteil wurde sogar von bürgerlichen Juristen als unhaltbar angegriffen. Aber während der Staatsanwalt mit seiner Revision gegen den Freispruch des Genossen Mahler sofort die Aufhebung des Urteils erlangte, wurde der Revisionsantrag der Rechtsanwälte des Genossen Mahler bis hin zur Menschenrechtskommission verworfen. Abgelehnt wurden auch alle Anträge auf Hafterleichterung für den Genossen, der in strengster Isolierhaft gehalten wird. Eine Begründung unter anderen dafür lautete, Mahler sei in einem Prozeß für die Freilassung der gefangenen Genossen eingetreten, deshalb bestehe Ausbruchsgefahr! Mit solchen und ähnlichen zynischen Begründungen ist Genosse Mahler seit dem 8.10.1970 in Isolierhaft.

Bereits jahrelang befinden sich auch die Genossen Meinhof und Bäcker in Isolationsfolter. Bedenkt man die Auswirkungen der jahrelangen Isolationshaft bei den Genossen Berberich, Asdonk, Luther usw. so ist klar, daß hier die psychische und physische Vernichtung politischer Gefangener betrieben wird. Darüberhinaus konnte nur durch die breite Mobilisierung der Öffentlichkeit ein weiterer direkter Mordanschlag auf die Genossin Meinhof verhindert werden: unter dem unglaublichen Vorwand, man wolle die Genossin auf ihre Zurechnungsfähigkeit untersuchen, sollte bei ihr ein lebensgefährlicher „medizinischer" Eingriff am Gehirn vorgenommen werden – ganz nach der Art der „wissenschaftlichen" Experimenten in den Hitler-KZs.

Wenn die Genossen Meinhof, Mahler und Bäcker jetzt vor die Schranken des Klassengerichtes treten, dann wird nicht nur offensichtlich werden, daß die Bourgeoisie politische Gefangene foltert. Dann wird sich auch und vor allem zeigen, daß sie mit dieser Folter sowenig den Kampfgeist der Genossen brechen kann, wie sie mit Polizeiterror und Pressehetze die Solidarität mit diesen Genossen und den wachsenden Kampf gegen die politische Unterdrückung verhindern konnte.

Freiheit für die Genossen Mahler, Meinhof und Bäcker!

Weg mit der Isolationsfolter!

Ab sofort gilt als Spendenkonto der KPD/ML zur Unterstützung politisch Verfolgter das Konto:
Vorstand der KPD/ML
Spendenkonto:
Stadtsparkasse Dortmund
Konto Nr. 321 004 547
Versehentlich war in den letzten Nummern des ROTEN MORGEN diese Kontonummer nicht korrekt angegeben. Wir bitten unsere Leser, diese richtige Nummer zu verwenden und ebenfalls kein Geld mehr einzuzahlen auf das Konto Karin Sandmann, Dortmund, da dieses Konto nicht mehr weitergeführt wird.

Auf der Polizeiwache systematisch mißhandelt

Während der Demonstration zum Roten Antikriegstag in München überfiel die Polizei den Zug der Partei in einer wenig bewohnten Gegend. Dabei wurden mehrere Genossen festgenommen. Hier der Bericht eines dieser Genossen:

„Plötzlich kam ein Ziviler auf mich zugestürmt und schrie, ich hätte ihn in die Geschlechtsteile getreten. Als ich dies abstritt, versuchte er, mir zwischen die Beine zu treten. Natürlich fand sich sofort noch ein zweiter Zivilbulle als 'Zeuge'. Die beiden zerrten mich in ein Auto und fuhren los. Bereits während der Fahrt wurde ich unter der Beschimpfung 'linkes Schwein' ins Gesicht geschlagen. Ich wurde zum Polizeirevier 12 in der Weißenburgerstr. gebracht. Dort musste ich aussteigen und bekam bereits beim Überschreiten der Türschwelle einen Fußtritt. Mit dem Schrei: "Das linke Schwein hat mich in den Sack getreten!", machte der eine Zivile Stimmung und schlug mit den Fäusten auf mich ein. Ein Uniformierter schlug eifrig mit. Die Bullen gingen ganz systematisch vor. Mir wurde die Brille abgenommen, damit sie nicht kaputtgeht und deutlichere Spuren hinterläßt. Auch ansonsten waren sie sehr darauf bedacht, die Spuren der Mißhandlung möglichst zu verwischen. Ich wurde z.B. nur mit den Fäusten und hier hauptsächlich auf den Oberkörper, in den Magen, Herz, Nieren usw. geschlagen. Ich mußte mich setzen, dann wurde mir der Stuhl mit der Beschimpfung, "das linke Schwein sitzt bei mir nicht", mit den Füßen weggestoßen. Unter der ständigen Aufforderung: "Entschuldige dich du linkes Schwein", hagelte es dann minutenlang Schläge. Ich sollte mich aus Angst vor weiteren Schlägen entschuldigen und erniedrigen. Mir sollte außerdem so ein Geständnis über eine nicht begangene Tat herausgeprügelt werden. Aber obwohl ich große Schmerzen hatte, erreichten sie nur, daß ich die Zähne fester zusammenbiß und sich mein Haß auf das kapitalistische Ausbeutersystem und seine Polizeibüttel vertiefte. Als sie merkten, daß ich standfest blieb,ließen sie von mir ab und sperrten mich in eine Zelle."

Weil gegen den Genossen ein Haftbefehl bestand, wollte ihn die Klassenjustiz weiter einsperren. Die Partei organisierte aber sofort eine Kundgebung vor dem Polizeipräsidium, so daß der Genosse wieder freigelassen wurde.

"K-14 - Beamte spionieren sogar in meiner alten Schule!"

Korrespondenz

Vor zwei Jahren machte ich das Abitur und verließ meine Heimatstadt, um in Dortmund zu studieren. Nun erfuhr ich durch meinen ehemaligen Klassenlehrer, daß vor einem Jahr K 14 (Politisches Kommissariat) kam und der Direktorin mitteilte, sie müßten in einer streng vertraulichen Angelegenheit mit meinem Klassenlehrer sprechen. Ihm eröffneten sie, er solle haarklein erzählen, was er über meine politische Betätigung an diesem Gymnasium wisse. Da mein ehemaliger Klassenlehrer recht fortschrittlich gesinnt ist, hat er sich geweigert, Angaben zu meiner Person zu machen. Trotz seiner Weigerung, versuchten die K 14 Beamten, ihn weiter zu bearbeiten, wie ich zu diesem kapitalistischen System gestanden habe, was für eine Persönlichkeitsstruktur ich hätte (was sie damit meinten, sagten sie auch: ob ich nämlich „anfällig für den Kommunismus" wäre usw.). Da die K 14 Beamten dennoch nichts bei meinem Klassenlehrer erreichten, erschienen sie vor 4 Monaten nochmals an unserer Schule und versuchten nun, alle die Lehrer auszuquetschen, bei denen ich in den letzten Schuljahren Unterricht hatte. Das sind Methoden der Polizei, die jeden an die Zeit des Hitlerfaschismus erinnern. Es ist wirklich der Gipfel von dem, was ich bisher an Bespitzelung erlebt habe, daß die Polizei jetzt schon bis in die Schulzeit zurückgeht, Lehrer unter Druck setzt, um sie dazu zu bringen, ihre Schüler zu denunzieren. Aus der anderen Seite zeigt diese aufgeregte Bespitzelung, die der Staatsapparat auch gegenüber Kommunisten betreibt, die gar nicht besonders bekannt sind, wie ich zum Beispiel, wie groß die Angst der Bourgeoisie vor dem Kommunismus und vor der Kommunistischen Partei ist.

Brief aus dem Mannheimer Gefängnis

Folgender Brief erreichte uns aus dem Mannheimer Gefängnis:

Liebe Genossen, möchte Euch kurz mitteilen, daß der "Rote Morgen" Nr.34 an mich von der Anstaltsleitung (Knast) angehalten wurde mit der Begründung, der RM würde die BRD in ein falsches Licht stellen und das Bild der BRD verunstalten. Auf Grund meiner politischen Einstellung versucht man von Seiten der Anstaltsleitung permanent, mich daran zu hindern, vom Grundrecht der Informationsfreiheit Gebrauch zu machen. Ich hatte mit noch 24 Gefangenen eine Petition zur Aufhebung der Isolationsfolter von Genossen Luther eingereicht. Die Antwort der Anstaltsleitung darauf sind Repressalien. Auch hat man mir schon gedroht mit den Worten: **"Sie Kommunistenschwein machen wir auch noch fertig"**. Die Rechtsanwälte Lang und Croissant haben in dieser Sache in meinem Auftrag Strafanzeige wegen Morddrohung gestellt. Auch von Genossen Luther wurden des öfteren RMs angehalten. Wir lassen uns von solchen Methoden nicht einschüchtern. Ich habe Beschwerde gegen das Anhalten eingereicht. Schickt trotzdem weiterhin Eure Neuerscheinungen.

Mit solidarischen Grüßen,
Rot Front. Es lebe die KPD/ML.

Solidaritätsadresse

Genossen und Freunde

Wir haben mit Bestürzung und Empörung vom Tode G. Routhiers gehört. Wir sprechen der Familie Günter Routhiers und der KPD/ML, deren Mitglied er war, unser herzliches Mitgefühl und unsere Anteilnahme aus.

Wir verurteilen aufs Schärfste den Mordanschlag auf den Arbeiter Günter Routhier. Es ist gewiß, daß Routhier für die Sache der Arbeiter gestorben ist.

Die Bourgeoisie versucht, mit ihren Terrormaßnahmen die Kämpfe der Arbeiterklasse zu unterdrücken. Aber je schlimmer die Unterdrückung, desto stärker der Widerstand.

Der Afghanische Studentenverein solidarisiert sich als eine antiimperialistische Organisation mit den Kämpfen der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker der ganzen Welt und natürlich auch mit dem Kampf der deutschen Arbeiterklasse.

Nieder mit dem Polizeiterror!
Hoch die internationale Solidarität!

Solidaritätsspenden

Seit der letzten Veröffentlichung der Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter im ROTEN MORGEN wurden auf das Konto Karin Sandmann folgende Beträge eingezahlt:

21.5. unbekannt 254,95; 31.5. ein Genosse aus Westberlin 30,–; 4.6. Sammlung auf dem Pfingstzeltlager der RG Würzburg–Schweinfurt–Kitzingen 140,–; 5.6. Besetzer der „Putte" in Westberlin 16,–; 6.6. S.H. Hamburg 50,50; 6.6. OG Bremen 30,–; 14.6. Zeltlager Plöner See Kiel 70,–; 18.6. P.P. Köln 50,–; 18.6. H.S. 25,–; 20.6. KSB/ML Würzburg 30,–; 20.6. Sammlung an der Ruhr-Universität Bochum 86,42; 20.6. Arbeitskreis junger Lehrer der GEW Kiel 134,34; 20.6. Bio-Aktiv Westberlin 12,–; 21.6. Plenum der PH Westberlin 15,–; 21.6. RM-Leserkreis Mannheim-Neckarstadt 50,–; Seminar „Arbeitskämpfe" der WWU Münster 24.6. 59,95; 24.6. unbekannt 24,–; 19.6. Sammlung beim Werkschutzprozeß in München 45,–; 21.6. Bio-Aktiv der PH Westberlin 12,–; 21,6. M.W. Flensburg 32,45; 21.6. A.K. Westberlin 312,31; 24.6. Studiengruppe der GEW an der PH Westberlin 10,20; 25.6. Examensfeier in Mannheim 78,41; 26.6. G.H. Frankfurt 50,–; 26.6. M. Aachen 144,18; 27.6. Sammlung im Parteibüro Dortmund 70,40; 2.7. Sammlung auf zwei Lehrveranstaltungen der Uni Bochum 72,15; 2.7. Sammlung des KSB/ML Bochum 34,–; Veranstaltung der OG Schweinfurt 219,20; 1.7. Sammlung im Parteibüro Dortmund 103,57; 15.6. LV Westberlin 261,75; 15.6. LV Westberlin 864,–; 20.6. Buchladen ROTER MORGEN 280,–; 26.6. U.D. Coburg 100,–; 27.6. KSB/ML Frankfurt 66,26; 27.6. Veranstaltung der OG Lübeck 140,50; 27.6. Veranstaltung der OG Kiel zum Grundgesetz-Prozeß 147,50; 28.6. Veranstaltung der OG Kiel 42,40; 28.6. Veranstaltung der OG Kiel 42,40; 28.6. H.B. Kassel 20,–; 28.6. Sammlung an der PH Westberlin 43,–; 28.6. Sammlung an der Uniklinik Mainz 41,41; 28.6. Sammlung bei ÖTV-Kollegen in Mainz 57,–; 28.6. Sammlung auf einer „K"SV-Veranstaltung Mainz 55,50; 1.7. Geburtstagsfeier in Kiel 45,–; 1.7. S.H. Hamburg 186,64; 1.7. W.K. Essen 15,–; 1.7. Veranstaltung in Westberlin 1 700,–; 2.7. Demonstration in Bremen am 27.6. 185,81; s.7. H.K. Heidenheim 5,–; 2.7. Buchladen ROTER MORGEN Westberlin 145,30; 2.7. gewerkschaftsoppositionelle Gruppe bei Bremer Vulkan 45,46; 2.7. RG Bonn 32.–; 3.7. S.M. Westberlin 382,–; P.S. Duisburg 100,–; 4.7. OG Frankfurt 59,48; 4.7. OG Marburg 177,79; 4.7. OG Nürnberg 100,–; 4.7. OG Frankfurt 455,–; 4.7. Leserkreis Cassella Frankfurt 80,–; 4.7. Kollegen aus Friedrichshafen/Bodensee 60,–; 4.7. Veranstaltung Kiel 13,50 5.7. Veranstaltung Frankfurt 256,19; 5.7. H.Z. Westberlin 26,–; 5.7. Sammlung KSB/ML Gießen 28,15; 5.7. Arbeitskreis junger Lehrer Gießen 50,–; 5.7. KSB/ML Westberlin 400,–; R.H. Wiesbaden 15,–; 9.7. Veranstaltung Heidelberg 94,–; 9.7. Veranstaltung Hannover 93,75; 9.7. R.K. Essen 25.50; 9.7. R.K. Essen 160,– 9.7. Buchladen ROTER MORGEN Westberlin 125,–; 9.7. Veranstaltung Mannheim 303,32; 9.7. OG Freiburg 121,85; 10.7. VK Münster 14,50; 10.7. Veranstaltung 97,–; 11.7. G.C. Nordenham 46,–; 11.7. Zelle Naturwissenschaft des KSB/ML Westberlin 64,91; 11.7. KSB/ML Westberlin 40,24; 11.7. Freundeskreis Darmstadt der GRF 57,33; 12.7. Veranstaltung Westberlin 444,74; 12.7. Sammlung in der Mensa der PH Westberlin 25,30; 15.7. Sammlung auf Veranstaltung der GRF in Ki tzingen 35,–; 17.7. Buchladen ROTER MORGEN Münster 36,–; 18.7. KSB/ML Westberlin 91,42; 22.7. Veranstaltung Köln 300,–; 22.7. RM-Leserkreis Mainz 19.–; 22.7. unbekannt 39.14;

Das ist eine Gesamtsumme von DM 11 045,48. Davon sind DM 8 664,80 bestimmt für die Familie des Genossen Routhier.

Seit der Eröffnung des Kontos Karin Sandmann im Oktober 1973 sind insgesamt DM 29.353,55 zur Unterstützung von politisch Verfolgten gespendet worden. Wir werden in einer der nächsten Nummern des ROTEN MORGEN Rechenschaft ablegen über die Verwendung dieser Summe.

Das Konto Karin Sandmann ist ab sofort aufgelöst. Wir bitten unsere Leser, in Zukunft Spenden für politisch Verfolgte zu überweisen an das Konto des Vorstandes der KPD/ML, Stadtsparkasse Dortmund, Konto Nr. 321 004 547.

Fortsetzung von Seite 1

Delegation der ROTEN GARDE auf Freundschaftsbesuch in Albanien

Die Gespräche mit dem Jugendverband und den Mitgliedern des ZK fanden in einer sehr herzlichen und brüderlichen Atmosphäre statt. Sie drückten die politische Übereinstimmung und die enge Freundschaft zwischen den beiden Jugendverbänden aus. Während unseres Aufenthaltes führten wir wichtige Gespräche mit dem Mitarbeiter der Jugendabteilung des ZK der Partei der Arbeit Albaniens, Genossen Harilla Papajorgji, über die Frage der Beziehung zwischen Partei und Jugendverband sowie mit dem Redakteur von „Fatosi", der Zeitung des Kinderverbandes über Probleme der ideologischen Erziehung und des Kampfes gegen fremde und liberale Einflüsse und Ideologien.

Wir besuchten die Distrikte und Städte Tirana, Durres, Vlora, Berat, Gjirokastra und Saranda, wo wir mit den Aufgaben und Initiativen der albanischen Jugend in Plantagen, Fabriken, LPGs, kulturellen Institutionen usw. vertraut gemacht wurden. Bei diesen Besuchen hatten wir Begegnungen und Gespräche mit den jeweiligen Sekretären der Distriktverbände und anderen Mitgliedern und Kadern des Jugendverbandes.

Die Herzlichkeit und Freundschaft, mit der wir überall empfangen wurden, ist ein Ausdruck der Übereinstimmung in der Ideologie und Politik. Die Arbeit und Initiativen der albanischen Jugend beeindruckten uns sehr. Wir haben wertvolle Lehren und Erfahrungen erzielt. Wir sind der Meinung, daß dieser Besuch für die ROTE GARDE große Bedeutung für ihre Entwicklung hat.



Soldaten der Nationalen Volksarmee im Gespräch mit Pionieren.

Die tiefe Verwurzelung der kommunistischen Ideen im Volk, vor allem in der Jugend, ist uns überall aufgefallen. Sie drückt sich im Leben des Volkes, in seiner Arbeit, in seinen Liedern und Tänzen, in den Parolen in den Fabriken wie auf den hohen Bergen aus.

Tief beeindruckt waren wir davon, wie die Führung durch die Partei der Arbeit in allen Bereichen des Lebens gewährleistet ist und vervollkommnet wird. Es ist eine lebendige Tatsache, was der große Führer des albansichen Volkes, Genosse Enver Hoxha, gesagt hat: **‚Die Massen bauen den Sozialismus auf, die Partei erzieht sie dazu".**

Am Strand von Durres befindet sich das nationale Pionierlager „Qemal Stafa", benannt nach dem ersten Sekretär des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens, der im heldenhaften Kampf gegen die faschistischen Okkupanten 1942 ermordet wurde. In diesem Lager halten sich mehr als 1 000 Pioniere aus ganz Albanien bis zu drei Monaten auf. Pioniere sind alle Schüler bis zu 14 Jahren.

Um in dieses Ferienlager zu kommen, bewerben sich die Pioniere mit Empfehlung der Schule über die Betriebe der Eltern.

Als Kriterium gelten ideologische Festigkeit, schulische Leistung, kulturelle und sportliche Ausbildung. Die Partei und die Regierung widmen der Erziehung und den Problemen der jungen Pioniere und der ganzen Jugend große Fürsorge. Mit die besten Kader werden dazu in diesem Bereich eingesetzt.

Das Pionierlager wird häufig von führenden Genossen besucht, die sich nach dem Befinden der Pioniere erkundigen und mit ihnen sprechen.

Zu der Tätigkeit der Pioniere im Lager gehören: Studium, Besuch von wichtigen Gedenkstätten aus der heroischen Geschichte des albanischen Volkes, Gespräche mit Arbeitern, mit Eltern und Verwandten von vorbildlichen Pionieren, die sich im Befreiungskampf oder beim sozialistischen Aufbau auszeichneten, Diskussionen, kulturelle Betätigungen, Körperkultur und Sport. Natürlich haben die Pioniere auch Gelegenheit zu spielen. Die Organisation im Pionierlager entspricht dem sozialistischen Leben der Gesellschaft.

Dadurch, daß die Pioniere sich selbst leiten (freiwillige Lehrer und Studenten sind nur als Berater der von den Pionieren gebildeten Leitungen tätig), daß sie die Fürsorge der Partei und des Jugendverbandes tagtäglich spüren, daß sie lernen, zwischen richtig und falsch zu unterscheiden und in der Liebe zum Volk und Vaterland erzogen werden, werden sie vorbereitet, ihre Rolle in Staat und Gesellschaft voll zur Geltung zu bringen.

Die Pioniere werden im Geist der revolutionären Vergangenheit, des Kampfes um die Befreiung und den Aufbau des Sozialismus erzogen. Die kommennistischen Ideale sind Ziel und Richtschnur dieser Erziehung. Das ist eine wichtige Garantie dafür, daß Albanien immer rot bleibt.

Die Stadt Vlora liegt in einer landschaftlich sehr schönen Bucht an der albanischen Riviera. Es ist vor allem das Werk der Jugend, daß die Abhänge der aus dem Meer aufsteigenden Berge terrassiert, bepflanzt und so in blühende Gärten verwandelt wurden.

Der Leiter für Aktionen im Jugendverband des Bezirkes Vlora ist ein stämmiger Bauer, dem man ansieht, daß er sein Leben lang in der Landwirtschaft gearbeitet hat. Mit Hinweis auf sein Alter deutete er auf sein Herz und sagte uns, in seinem Herzen sei er noch immer jung geblieben. Es gibt mehrere solcher Beispiele von älteren Menschen, die im Jugendverband arbeiten. Denn gerade in der Jugendarbeit ist Erfahrung und Lebenskenntnis eine wichtige Eigenschaft.

Bei einem Gespräch mit Genossen des Jugendverbandes in einer Glühlampenfabrik in Vlora (diese Fabrik versorgt ganz Albanien mit Glühlampen) bekamen wir näheren Einblick in die tägliche Arbeit des Jugendverbandes. Diese Fabrik hat 500 Arbeiter, von denen 83% Mädchen sind. Alle Jugendlichen bis zu 26 Jahren – das sind 55% der Belegschaft – sind im Jugendverband organisiert. Eine Grundeinheit besteht für jede Abteilung der Fabrik. Die Grundeinheiten haben eine fünfköpfige Leitung. Die Grundeinheit hält im Monat zwei Sitzungen ab. In einer Sitzung wird die gegenwärtige Arbeit, ihre Schwerpunkte und Erfolge sowie die Weisungen und Richtlinien der Partei und des Jugendverbandes studiert. Eine andere Sitzung dient der Schulung des Marxismus-Leninismus, der Werke des Genossen Enver Hoxha und der Partei.

Dieses Studium findet in enger Verbindung mit der praktischen Arbeit und deren Schwerpunkten statt. So hat der Jugendverband dieser Fabrik eine Initiative zur Wahrung und Förderung des sozialistischen Eigentums unternommen. Er setzte sich das Ziel, die Ausschußquote bei der Produktion von 5% auf 2% zu verringern. Solche Initiativen werden in enger Verbundenheit mit der Partei entfaltet. Bei einer Initiative zum Kampf gegen dem Proletariat fremde Einflüsse und Ideologien analysierten diese Genossen z.B. genau italienische Schlagermelodien und Texte.

Wie diese Genossen, so erzählten uns auch Genossen auf einer Staatsfarm und in einer LPG von Versammlungen zum Gedenken an den 30. Todestag des Genossen Ernst Thälmann In Vlora ist eine Fischfabrik nach Ernst Thälmann benannt. Das zeigt die enge Verbundenheit der albanischen Werktätigen mit dem internationalen Proletariat.

Der Aufbau des Eisenbahnnetzes – eine Aufgabe, die für das albanische Volk von großer Bedeutung ist – wurde der Jugend übergeben. Sie vollbringt dieses Werk durch freiwillige Aktionen.

Damit lernt die Jugend, die Arbeit als eine Befreiung von Rückständigkeit zu lieben, die Liebe zum sozialistischen Vaterland zu vertiefen. Gerade für die Jugend ist eine solche Erziehung von großer Bedeutung, da sie die alten Verhältnisse nicht selber erlebt hat und nicht am Befreiungskampf teilnehmen konnte. Dadurch, daß sie einen solchen wesentlichen Anteil beim Aufbau des Sozialismus hat, lernt sie auch die Heimat, die sozialistischen Errungenschaften zu schätzen und vor allem zu verteidigen. Im Aktionistenlager wird nicht nur gearbeitet, es wird auch studiert, diskutiert, Theater gespielt, gesungen, Sport und militärische Ausbildung betrieben. Durch die Zusammensetzung der Lager mit Aktionisten aus verschiedenen Bereichen und Gegenden wird dafür gesorgt, daß die Jugendlichen voneinander lernen und die Einheit des Volkes verstärkt wird.



Überall spürten unsere Genossen die enge Verbundenheit zwischen der Partei und dem Volk.

Albanien ist reich an Museen und Gedenkstätten. Sie sind wichtige Faktoren bei der Erziehung des Volkes, vor allem der Jugend. In diesen Museen wird an die revolutionäre Tradition erinnert, sie dienen dazu, daß das Volk nie vergißt, wie hart das Leben früher war, sie dokumentieren den Kampf, den das albanische Volk während seiner ganzen Geschichte ständig gegen fremde Eindringlinge führen mußte. Beim Besuch des Bezirkes Saranda fuhren wir nördlich von Saranda der Küste entlang bis zum Staatsgut Worsh. Auf eine Anregung des Genossen Enver Hoxha hin, die er gab, als er dieses landschaftlich sehr schöne und mit subtropischem Klima begünstigte Gebiet sah, entfaltete die Jugend eine Initiative zur Terrassierung und Bepflanzung der Berghänge. Heute ist hier eine blühende Staatsfarm. In einem Dorf dieser Staatsfarm hatten wir Gelegenheit, zwei Bauernfamilien zu besuchen. Eine davon war die Familie eines der ersten Partisanen dieser Gegend. **Die Gastfreundschaft und die Verbundenheit, die uns bei diesem Besuch begegnete, bewegte uns sehr.**

Bei diesem Besuch erlebten wir die enge Verbundenheit zwischen Führung und Basis, Partei und Massen. Der Genosse des ZK des Jugendverbandes, der uns begleitete, war mit den Bauern des Dorfes verbunden wie mit Verwandten oder engen Freunden. Er kannte die Familienverhältnisse einiger Genossen und die Probleme der Bauern sehr genau. Er erklärte uns, die Mitglieder des ZK seien in ganz Albanien zu Hause, sie sind mehr im Land als in der Hauptstadt. Bei einer kleinen Schießübung zeigten uns die Genossen, wie gut sie darauf vorbereitet sind, das Vaterland mit der Waffe in der Hand zu verteidigen.

Am 30. August hatten wir ein sehr herzliches Gespräch mit Genossen Jovan Bardhi, dem Sekretär des ZK des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens und anderen Genossen des ZK. Genosse Jovan Bardhi betonte nochmals die grosse Bedeutung der Jugendfrage, faßte die wichtigsten Momente der Entstehung und Entwicklung des Jugendverbandes zusammen. Es wurde vereinbart, den Austausch der Informationen zu verstärken und so die Zusammenarbeit zu vertiefen. Mit Genossen Jovan Bardhi und Genossen Rudi Monari besprachen wir Probleme der engeren Zusammenarbeit im internationalen Bereich.

An diesem Tag besuchten wir als Abschluß unserer Reise den Partisanenfriedhof von Tirana. Wir gedachten dort der im Kampf gegen die deutschen und italienischen Faschisten gefallenen Helden und besuchten das Grab des ersten Sekretärs des damaligen Kommunistischen Jugendverbandes Albaniens und engen Freundes des Genossen Enver Hoxha, Qemal Stafa. **Wir studierten das Leben und das Werk des Genossen Qemal Stafa, um seiner zu gedenken und von seiner hervorragenden Arbeit zu lernen. Genosse Qemal Stafa ist ein Vorbild auch für unsere Jugend.**

Im Kampf gegen die Faschisten fielen 28 000 von 70 000 Kämpfern, unter ihnen viele Jugendliche. Sie alle werden heute vom albanischen Volk als Helden verehrt.

Es ist besonders für unsere Jugend wichtig zu wissen, daß das albanische Volk einen besonderen Beitrag im Kampf gegen die deutschen Faschisten geleistet hat, daß die deutschen Faschisten großes Unheil in Albanien angerichtet haben, und es ist wichtig zu wissen, daß wir unsere Jugend im Geiste der Liebe zum albanischen Volk erziehen, daß wir das Beispiel dieser im Kampf gegen die deutschen Faschisten gefallenen Helden propagieren und sie der deutschen Jugend als Vorbild geben. **Es ist wichtig, daß die ROTE GARDE sich bewußt macht, daß es in unserer Verantwortung und an unserem Kampf liegt, daß von Deutschland aus nie wieder solch ein Krieg ausgeht.**

Die albanischen Genossen betonten immer wieder, daß der Kampf um die Jugend, um den Einfluß in der Jugend von hervorragender Bedeutung ist. Deshalb hat die Partei der Arbeit Albaniens der Entwicklung der Jugendbewegung und dem Aufbau des Jugendverbandes ihre größte Aufmerksamkeit und Fürsorge geschenkt. Genosse Enver Hoxha sagte auf dem 6. Parteitag der PAA:

„Die Partei hat im Kampf für die Erziehung des neuen Menschen, besonders aber für die kommunistische Erziehung der Jugend, eine fruchtbare Arbeit geleistet. Unsere Jugend ist mit der Partei eng verbunden, politisch aufgeklärt, moralisch rein, im Leben recht und sicher orientiert, ein mutiger und tapferer Kämpfer, welcher seine wertvollen Energien zugunsten der sozialistischen Revolution und des allseitigen Fortschrittes des Volkes verwendet. Ein ganz anderes Bild sehen wir in der kapitalistischen und revisionistischen Welt. Dort ist heute die Jugendfrage eine der Brennendsten. Die Jugend spürt die Krise dieser morschen Gesellschaft und sucht einen Ausweg. In diesem Kampf unternimmt sie immer wieder revolutionäre Aktionen. Sie wird aber betäubt und mit dem Gefühl der inneren Leere, des geistigen Müßiggangs gespeist, auf den Weg der Lasterhaftigkeit und der Entartung getrieben. Ihre Energien werden in einem Leben ohne Ideale und ohne Zukunftsaussichten verbraucht. Die Bourgeoisie wendet alle Mittel an, angefangen von den Kinderspielen bis zur Presse und Literatur, von der Schule bis zur Kirche, um die Jugend und die Volksmassen zu korrumpieren, und dieser Korruption den Anschein eines freien und modernen Lebens zu geben und die Jugend von der Politik, vom Kampf für die Zukunft und die Revolution abzuwenden."